Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214 | 1921 Nr. 76

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.60, vierteljährlich Mk. 22.80 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Abend-Ausgabe

Dienstag, 15. Februar

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile M. 4, Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8.00 M. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele Halle-Saale.

Noch nicht zufrieden!

Die Hetze Poincarés

Poincaré verlangt im „Matin" Ergänzungen zu dem Pariser Abkommen. Vor allem müßten in London die **Strafmaßnahmen im voraus** auf das allergenaueste festgelegt werden. Briand habe leider in einer der Pariser Senatssitzungen erklärt, Frankreich würde unter keinen Umständen einen separaten Schritt unternehmen und nur dann marschieren, wenn die Alliierten mitgingen. Die Absicht, in der Briand diese Worte gesprochen habe, sei zwar durchaus lobenswert, doch schießen sie über das Ziel hinaus. Es könne der Fall eintreten, daß Frankreich daran interessiert sei, wegen der Verletzung irgendeiner Bestimmung **gegen Deutschland vorzugehen** und daß die Alliierten ganz gerne es Frankreich überlassen würden, allein Strafmaßnahmen zu ergreifen. Selbstverständlich wäre es unklug, wenn Frankreich **gegen den Willen oder ohne Wissen der Alliierten** die Initiative ergreifen würde. Poincaré fordert Briand auf, in London seine Erklärung richtigzustellen.

*

Zur Stuttgarter Rede des Reichsministers Dr. **Simons** sagt „**Journal des Debats**", der Minister habe sich korrekter ausgedrückt als in seiner Reichstagsrede, aber aufs neue erklärt, das Abkommen von Paris sei als Verhandlungsgrundlage **unannehmbar**. Er habe gesagt, die Revision des Versailler Friedensvertrages sei unvermeidlich. Er habe sogar dagegen protestiert, daß der Vertrag von Versailles Deutschland die Schuld am Kriege zuerkenne. Man könne nicht gestatten, daß die Minister von Berlin und Wien wieder die Legende von der Unschuld verbreiteten. **Die Alliierten dürften offizielle Kundgebungen wie die in Stuttgart nicht dulden.** Die deutschen Vertreter wären nicht nach London berufen, um über die Revision des Pariser Abkommens zu verhandeln, sie hätten **nur Vorschläge** über die besten Ausführungsmethoden der in Paris getroffenen Entscheidungen vorzubringen. Man dürfe **nicht dulden**, daß sie von Revision sprechen.

Deutschlands Zahlungen und der 1. Mai

„Temps" bespricht wiederum die Frage, wie die **bis zum 1. Mai 1921** auf Grund des Artikels 235 des Friedensvertrages **zu zahlenden 20 Milliarden Goldmark** aufgerechnet werden sollen auf die Summen, die **Deutschland** für die Reparationen schulde. Nach dem „Temps" müsse die Reparationskommission bis 1. Mai die Gesamtverpflichtungen Deutschlands festsetzen. Das **Abkommen von Paris** mache diese Festsetzung **nicht überflüssig**, denn es bestimme ja gleitende Jahreszahlungen, ohne ihr Ergebnis nach oben zu begrenzen. Es setze also voraus, daß ein **Maximum** festgesetzt werden müsse. Die Reparationskommission allein sei also in der Lage, die Gesamtverpflichtungen, die Deutschland obliegen, zu bestimmen. Die Reparationskommission hätte alsdann zu sagen, was die Deutsche Regierung vor dem 1. Mai und was sie nach dem 1. Mai zu zahlen habe. Vor dem 1. Mai müsse Deutschland die vorgesehenen 20 Milliarden Goldmark leisten, und hiervon seien die Vorschüsse gemäß dem **Abkommen von Spa** und anderer **Ausgaben wie Besatzungskosten** abzuziehen. Deutschland müsse also vor dem 1. Mai auf Reparationskonto 20 Milliarden abzüglich der Vorschüsse leisten. Wenn es diese Summen vor dem 1. Mai **nicht effektiv bezahlt** habe, dann bleiben die Verpflichtungen bestehen, wie das übrigens in § 12, Anhang 2 der Reparation bestimmt sei. Sei dann der Saldo festgesetzt, dann müsse Deutschland auf das Reparationskonto auf Grund des Artikels 235 diesen abführen und dazu käme noch der Rest der deutschen Gesamtschuld. Das Blatt glaubt deshalb darauf hinweisen zu müssen, daß die beiden verschiedenen Leistungen nicht ineinanderfließen können, daß aber der Rest der vorgesehenen 20 Milliarden nach Artikel 235 für die Zahlung von Reparationen dienen müsse.

Um die interalliierten Kriegsschulden

Der amerikanische Schatzsekretär Houston hat sich nun doch entschlossen, Auskunft über die Verhandlungen zwischen England und den Vereinigten Staaten bezüglich eines eventuellen **Schuldnachlasses** zu geben. Herr Houston hat sich zwei Stunden lang vor der Senatskommission über auswärtige Angelegenheiten ausführlich ausgesprochen. Danach ist im letzten Sommer von der englischen Regierung dem Präsidenten ein Vorschlag gemacht worden, nach dem die Schulden zwischen den Alliierten **annulliert** werden sollten. Für die Vorschüsse der Vereinigten Staaten an die Alliierten sollten die Vereinigten Staaten **deutsche Wiedergutmachungsbonds** im gleichen Betrage erhalten. Houston setzte auseinander, daß dieser Vorschlag die ganze Bürde der alliierten Schuld auf die **Vereinigten Staaten** abgewälzt und diese zum **größten Gläubiger Deutschlands** gemacht haben würden. Der Präsident war der Ansicht, daß das eine **zu starke Zumutung** an die Vereinigten Staaten gewesen wäre, und **lehnte** sofort den Vorschlag **ab**. Er konnte nicht anders handeln, denn er hätte ein Gesetz beim Kongreß durchdrücken müssen, das die Bestimmungen, unter denen die Anleihen von Amerika an die Alliierten gewährt worden wären, geändert hätte, und die republikanische Mehrheit des Kongresses zeigte, daß sie weder bereit war, die Alliiertenschuld zu annullieren, noch deutsche Bonds entgegenzunehmen, welche in Amerika nur als zweifelhafte Sicherheit angesehen worden wären.

Das Bulletin über den belgischen Ministerrat teilt mit, daß man über die **Haltung der belgischen Regierung auf der Londoner Konferenz** sich verständigt und den Minister des Aeußeren **Jasper** und den Finanzminister **Theunis** zu Delegierten bestimmt hat, wobei aber vorbehalten bleibt, daß der Ministerpräsident unter Umständen selbst die Führung der Delegation übernehmen wird. In der gleichen Sitzung ist die Zustimmung Belgiens zum Artikel 13 des Völkerbundvertrages, der die **Zwangsgerichtsbarkeit** betrifft, behandelt worden. Voraussetzung für diese Zustimmung wird jedenfalls die Gegenseitigkeit sein.

Johnnie von Bernstorff

Graf Bernstorff, einst kaiserlich deutscher Botschafter in Washington, hat nach dem Umsturz merkwürdig schnell umgelernt und gilt nun als Leuchte der Demokratischen Partei, die ihn in Schleswig-Holstein für den Reichstag kandidieren läßt. Ueber seine Tätigkeit in Amerika ist schon allerlei bekannt geworden, was ihm nicht gerade angenehm sein wird, wir müssen zur Vervollständigung des Bildes aber einen Aufsatz nicht unerwähnt lassen, den wir im Novemberheft vorigen Jahres der deutsch-amerikanischen Zeitschrift „Der Landsmann" lesen. Dort heißt es:

„Hello, Johnnie!" pflegten Berichterstatter amerikanischer Zeitungen dem ehemaligen Vertreter des Deutschen Reiches in der Bundeshauptstadt zuzurufen, wenn sie ihn besuchten, und der Graf — Demokrat, der er nun einmal war, ist und sein wird — lächelte leutselig, fast geschmeichelt dazu. — — —

Wenigen Menschen tut das öffentliche Urteil so unrecht wie dem Grafen Bernstorff. Selten hat ein Diplomat solche Opfer gebracht, um sein Ziel zu erreichen; selten war ein Mann seinem Ziele so nahe, um im letzten Augenblick um die Frucht jahrelanger Arbeit gebracht zu werden. Wir halten es daher für notwendig, etwas Licht auf die Ziele und Werke dieses rastlosen Mannes zu werfen.

Als Graf Bernstorff durch ganz eigentümliche Einflüsse in Berlin zum Botschafter in den Vereinigten Staaten ernannt wurde, überraschte diese Wahl allenthalben. Er hatte als Botschaftsrat in London eine etwas sonderbare Rolle gespielt und nur zu häufig Bemerkungen auf Kosten seines Landes und besonders seiner Landsleute gemacht, die in schroffem Widerspruch zu seinen Herzensergüssen in deutschen Kreisen standen. In einem Streitfall, der ein Nachspiel vor Gericht hatte, half er einen früheren deutschen Gardekavallerieoffizier in der großen Gesellschaft von St. James schädigen; allerdings kam es infolge Eingreifens des damaligen Botschafters Grafen Wolff-Metternich nicht dazu, den Mann ganz unmöglich zu machen. Graf Bernstorff hatte schon damals seine Ziele. Sie blieben immer dieselben: persönlicher Erfolg mit Beseitigung aller Hemmungen, wie Freundschaft oder Rücksicht auf andere. Der deutsche Konsul in San Franzisko, die deutschen Militär- und Marineattachees und auch der gute Dr. Dernburg können was davon erzählen.

Nach dem Fall von Warschau war er, ganz im Gegensatz zu seinen späteren Presseäußerungen, die er durch Maximilian Harden lancierte, der Ansicht, der Krieg könne von den Mittelmächten nicht verloren werden. Er wollte deshalb mit niemand den sicher erwarteten Erfolg, Amerika neutral gehalten zu haben, teilen.

Hansi Bernstorff konnte gelegentlich auch ganz offenherzig werden, wie das diesem Typus sonst verschlossener Menschen eigen ist. Hansi Bernstorff war so offenherzig, wenn er in 11 Ost 45. Str., und auf dem Sommersitz der damaligen Frau Archibald White im engsten Freundeskreis lustig darauf los plauderte. Kannte er doch seine Freunde, die ihn vergötterten, wie er bescheidenerweise annahm. Allerdings gab es damals auch Leute, die im selben Hause den britischen Spezialgesandten Sir Arthur Herbert besuchten, der daraufhin so manches seiner Regierung berichten konnte.

Den deutschen Marineattachee Boy-Ed liebte Bernstorff nicht, und sogar Herrn von Pape, dem er alle Bedeutung absprach, sah er gerne scheiden. In Washington wird ganz offen darüber gesprochen, daß die Abberufung aller dieser direkt berichtenden Vertreter auf Bernstorff zurückzuführen sei.

Eigentümlich war auch, daß der dem Botschafter Dumba von Bernstorff am 18. August 1916 im Hotel Ritz-Carlton vorgestellte Journalist Archibald Dumbas Brief an Baron Burian den englischen Behörden ablieferte, dagegen Bernstorffs Bericht dem damaligen deutschen Gesandten im Haag, Dr. von Kühlmann, in einem hohlen Spazierstock überbrachte.

Als Charles Schwab mit seinem eben mit Kitchener geschlossenen Vertrag zurückkam, ließ W. J. Bryan ihn rufen und wollte ihn zwingen, die Neutralität zu wahren. Es wäre selbst einem Speck von Sternburg gelungen, diese Neutralität zu erzwingen.

Graf Bernstorff verkehrte mit Deutschamerikanern, die Italien Tuche, Frankreich Konserven usw. lieferten. Er bemerkte scherzend, die Hauptsache wäre, sie verdienten daran und gingen dann mit ihrem Gelde in die Heimat zurück. Kaufte einer dann noch deutsche Kriegsanleihe, so war alles zur besten Zufriedenheit geregelt. Das Geld, das für deutsche Kriegsanleihe einkam, wurde auch in großzügiger Weise hier ausgegeben. Alles Kleinliche war Hansi Bernstorff fremd, und so sah er auch mitleiderfüllt auf Professor W. Wilson herab, der damals das Streben hatte, die Friedenskonferenz in Washington abzuhalten. „Ich werde es niemals zulassen, daß die Friedenskonferenz im Dunstkreise von Washington stattfindet," bemerkte Deutschlands großer Vertreter damals. Es war nur wieder ein Zeichen seiner eigenartigen Anpassungsfähigkeit und des Bewußtseins, allen anderen an Können überlegen zu sein, daß er sich später selbst meldete.

Der Wahlschwindel des „Vorwärts"

Die Erklärung Hergts.

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Exzellenz Hergt, nimmt zu den Enthüllungen eines angeblichen „Deutschnationalen" im „Vorwärts" mit folgender Erklärung Stellung:

Im „Vorwärts" vom 13. d. M., den ich auf Reisen erst am 14. nachmittags erhielt, wird unter der Ueberschrift: „Werden wir geführt?" Offenes Wort eines Deutschnationalen zum Wahlkampf, ein Manuskript veröffentlicht, mit dessen Ausführungen sich die Reichstagsfraktion der Partei zu beschäftigen haben wird. Ich selbst stelle heute nur folgendes fest:

Die „Deutschnationale Korrespondenz" hat keine Notiz gebracht, daß „überhaupt keine Verhandlungen" mit Vertretern der Deutschen Volkspartei stattgefunden hätten. Einer entsprechenden Notiz einer rechtsstehenden Berliner Zeitung stehe ich durchaus fern. Mir sind niemals **von den Herren Rießer und Becker niedergeschriebene Sätze über die von mir bei der Unterredung abgegebenen Erklärungen vorgelesen worden.** Die von mir den Vertretern der Deutschen Volkspartei gemachten Vorschläge über eine zu bildende **Einheitsfront** gehen auf ein gemeinsames Vertrauensvotum für die Regierung, darüber hinaus **auf ein gemeinsames interfraktionell zu sicherndes Regierungsprogramm unter Vermeidung aller Parteigegensätze. Weitere Maßnahmen zur Stärkung der Stellung der Regierung wurden erörtert, aber nur als Möglichkeiten.** Alles das habe ich nie verleugnet, die oben bezeichneten Vorschläge sind vielmehr in unsern späteren Schriftwechsel mit der Deutschen Volkspartei übergegangen. Ich habe also nicht plötzlich angebetet, was ich eben noch verflucht hatte. Ich habe nie den Verdacht gehabt, daß in der Hauptgeschäftsstelle der Partei gegen mich intrigiert werde und habe diesen Ausdruck niemals gebraucht. Der **Fall Kerkhoff** ist m. E. weder unglückselig, noch verfahren. Ich selbst habe dabei nur insofern mitgewirkt, als ich **den Reichsfinanzminister ersucht habe, mir die vollste Aufklärung zu geben. Ich habe nie den Ehrgeiz besessen, heute preußischer Ministerpräsident zu werden.** Mit den Herren Dominicus und Porsch habe ich stets die besten persönlichen Beziehungen gehabt. **Daß es mir aber eingefallen wäre, sie für eine gemeinsame Koalition als Minister des Innern oder als Unterrichtsminister zu empfehlen**, ist frei erfunden. Vorbesprechungen über die Auswahl künftiger Minister haben überhaupt nicht stattgefunden. Gerade diese Ausführungen des Manuskripts beweisen seinen Unwert.

Im Dezember 1918 habe ich den Parteivorsitz mit dem Vorbehalt übernommen, mit Rücksicht auf meine damals schon geschwächte Gesundheit mein Amt zu gegebener Zeit niederlegen zu dürfen. Nachdem zum Parteivorsitz und zum Fraktionsvorsitz im Preußischen Landtage der Fraktionsvorsitz im Reichstage hinzugetreten war, habe ich wiederholt darauf hingewiesen, daß die gleichzeitige Wahrnehmung dieser Aemter meine Kräfte übersteige. Jede Entschließung über eine Veränderung würde ich aber selbstverständlich nur unter vollster Wahrung des Parteiinteresses treffen.

Hergt,
Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei.

Den 14. Februar 1921.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192102152-16/fragment/page=0001
DFG

[illegible] Versailles zu gehen. Nur kleinliche Bedenken einiger Männer vom Auswärtigen Amt, denen der mecklenburgische Herr zu rasch die Wiederaufrichtung der Monarchie für immer ausgeschlossen erklärte, machten seine Ernennung unmöglich. Vielleicht auch, daß in Washington einige Personen nicht ganz so voll Begeisterung waren, wie Bernstorff dachte.

Allen Eingeweihten ist es noch erinnerlich, wie Bernstorff nach Berlin zurückkam und seinen Bericht erstattete, der ihm das Eiserne Kreuz am weißen Bande und den Botschafterposten in Konstantinopel einbrachte. Ebenso erinnerlich ist sein Vorschlag, Maximilian Harden als Botschafter nach Washington zu entsenden. Oh! er hatte damals glänzende Erfogle in der Berliner „Zukunft“. Bernstorffs größte Widersacher müssen rückhaltlos anerkennen, daß er mit leidenschaftlicher Beharrlichkeit die Welt immer an sich erinnerte. „Er will nicht glauben, daß er tot ist,“ sagte einer seiner gehässigsten Gegner. Seine Hoffnung, in Deutschland aufzukommen, hat Bernstorff erst seit der Ernennung Dr. Simons zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten aufgegeben. Es ist auch zu schnöde und undankbar, daß dieser verhältnismäßig junge Mann, ohne Bernstorff zu Rate zu ziehen, vorgeht und anscheinend Erfolg hat.

Bernstorff hat aber doch wieder ein Ziel. Aus der Ferne und in der Erinnerung sieht man nur das Schöne. Der kleine Tisch im Ritz-Carlton, die schönen Augen seines Gegenübers, die Weekendparties um New-York rufen ihn. Alles verstehen heißt alles verzeihen. Kennen wir Bernstorffs Ziel, nach Amerika zurückzukehren, seine allem Kleinlichen fremde Art kennen wir nicht weniger und brauchen also nicht erstaunt zu sein, wenn alle seine Aeußerungen darauf gemünzt sind, in New-York, wenn es schon unmöglich ist in Newport und Southampton, L. J., die Pforten offen zu finden.

Was wir auf Bernstorffs Tafel aber nicht so leicht auswischen können, ist seine Verkennung der Verhältnisse und sein verderblicher Einfluß, der das Ende der Mittelmächte heraufbeschwor. Im November 1916 wollte Wilson Frieden machen. Die Berichte der Alliierten waren verzweifelt. Energisches Auftreten hätte einen ehrenvollen Frieden ermöglicht. Wer konnte mehr tun, wer mehr versäumen als der deutsche Botschafter! Besonders nachdem er alle anderen Personen aus dem Wege geräumt hatte.

Dann die Wahl. Die letzte Präsidentenwahl ist das zweite amerikanische Plebiszit für den Frieden mit Deutschland. Das ganze Deutschamerikanertum war gegen Wilson, mißtraute ihm. Bernstorff hielt es für ausgeschlossen, daß Wilson jemals Krieg erklären würde. In Chicago, kurz vor den Wahlen im Herbst 1916, hatten die Vertrauensmänner Bernstorffs das Schlagwort ausgegeben: Wilson bedeute Friede. So wurde Wilson, wie allgemein bekannt, mit Hilfe der Deutschamerikaner und auf Anraten Bernstorffs gewählt. „Wilson kenne ich wie meine eigene Tasche, Hughes ist mir ein unbeschriebenes Blatt“. Wer aber Wilson besser kannte, waren die englischen Vertreter. Sie feierten seine Wahl. Sie wußten, sie würden ihn dorthin treiben, wo sie ihn haben wollten.

Dann kam die Affäre mit der Börsenspekulation, den Untersuchungen über Vermögen, die gewisse Personen auf Grund vorheriger Kenntnis des Friedensantrages der Mittelmächte erworben hatten. Alles wurde natürlich dementiert, und die Form erinnerte sehr an die gottselige „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Es wäre alles dreist erfunden und erlogen. Die Untersuchung des Senats gegen die Verbreiter der „Gerüchte“ wurde sehr scharf geführt, nahm aber eine dramatische Wendung und ein klägliches Ende.

Bernstorff mußte gehen. Er kam nach Berlin. Man kann nicht sagen, daß er ohne Einfluß war, daß sein Wort nichts galt, sonst hätte man ihm doch nicht den so wichtigen Botschafterposten in Konstantinopel gegeben. Warum hat er also seine Anwesenheit, seinen persönlichen Einfluß nicht ausgenützt, um Frieden zu erreichen? Kann jemand ehrlicherweise verneinen, daß man in Washington bis September 1917 sicher war, man würde zu einer Verständigung kommen? Konnte man in Berlin so kindisch, blind und taub gegen die Warnungen des eben angekommenen Botschafters sein? Konnte man so fest darauf rechnen, Amerika werde zu spät kommen, wenn er ernstlich gewarnt hätte? Was ging in den Tagen vor seiner Abreise von Washington vor? Was machte ihn so sicher? Wer Wilson verfolgt, wird die Spur finden, wird verstehen, daß Bernstorff irregeführt wurde.

Auch das soll ihm verziehen werden, wenn er es offen zugibt. Es ist aber komisch, wenn Bernstorff heute auf sein Prophetentum hinweist, während er doch immer gesagt hat: „Wir können den Krieg nicht verlieren“ Das war nicht für den Effekt nach außen gesagt. Er war seiner Sache sicher und glaubte bestimmt, das Gleiche geleistet zu haben, wie sein Vater 1870/71 als Vertreter Preußens in London. Und in Freundeskreisen machte er auch kein Hehl daraus.

Der deutsche Gewerkschaftsbund gegen die Ententeknechtschaft

Der 41 Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung umfassende Deutsche Gewerkschaftsbund nahm in einer Vertreterkonferenz Stellung zu den Reparationsbeschlüssen der Alliierten in Paris. Einmütig erblickte die Versammlung darin das Bestreben, unter dem Namen und Scheine der Wiedergutmachung die völlige Versklavung des deutschen Volkes herbeizuführen. In der kurzen Zeit des Bestehens bereits ungezählte Male von Deutschlands Gegnern überschritten, werde der Vertrag von Versailles nunmehr offen beiseite geschoben, Verpflichtungen aus ihm für die Entente würden mißachtet, selbst auf den Anschein, den sogenannten Friedensvertrag als ein Instrument des Friedens anzusehen, komme es den Gegnern offenbar nicht weiter an. In der angenommenen Entschließung heißt es:

„Angesichts der auf die Dauer unerträglichen Folgen, die schon zahlreiche Bestimmungen des Versailler Vertrages für unser Volk mit sich bringen werden, wird die Reichsregierung alle neuen, aus dem Vertrage nicht hervorgehenden Ansprüche der Gegner unbedingt zurückweisen müssen, lieber eines abermaligen Diktats gewärtig, als durch ihre Unterschrift irgendeine moralische Anerkennung gegenüber der Entente und eine gar nicht zu tragende Verantwortung vor künftigen deutschen Geschlechtern auf sich zu nehmen.

Vom Standpunkt der schaffenden Arbeit, insbesondere der lediglich auf die Anstrengungen von Kopf und Hand für ihren Unterhalt angewiesenen Arbeitnehmer, gibt es auf die wirtschaftlichen Erdrosselungsversuche des Pariser Reparationsplanes nur die eindeutige Antwort: Nein! Das gilt von vertragswidrigen Zumutungen wie dem Verlangen 42jähriger Zahlungen für Summen, die in der vertraglichen 30jährigen Höchstdauer der Belastung aus Deutschland herauszuholen sogar die Entente für unerfüllbar ansieht; es gilt allgemein von der willkürlichen Festsetzung der Summen ohne Rücksicht auf die Vertragsverpflichtung, sie dem Deutschen Reiche auf Grund wirklicher, im einzelnen nachzuweisender Schadenersatzansprüche zu bemessen. Vor allem gilt es von dem Verlangen einer 12prozentigen Ausfuhrabgabe zugunsten der gegnerischen Staaten, welche die deutsche Volkswirtschaft in einen Frondienst für das feindliche Ausland, die deutsche Ausfuhr zum wertlosen Schatten einer solchen und die Ernährung weitester Kreise unseres Volkes zu einem unabsehbaren Hungerdasein herabzudrücken droht. Der im Verein damit erhobene Anspruch auf Zollkontrolle einschließlich der Ermächtigung für den Wiederherstellungsausschuß, gegebenenfalls Zollerhöhungen vorzuschreiben, würde, von der darin liegenden Herabwürdigung eines Kulturvolkes zu einem afrikanischen oder asiatischen Vasallentum ganz abgesehen, vollends jede wirtschaftliche Lebensmöglichkeit unserer Nation in die Hände der Entente geben.

Sklavenarbeit will der Deutsche, werden unsere deutschen Arbeiter und Angestellten niemals tun! Lasten in der sinnlosen, nicht einmal durch Deutschlands gesamtes Nationalvermögen zu deckenden Höhe, sowie unter Bedingungen, welche Schweiß und Mühe deutscher Arbeiter für alle Zeit zur Hoffnungslosigkeit verdammen würden, darf kein Volk übernehmen, das für seine Pflichten noch Ehre und sittliche Begriffe anerkennt. Namens der 2 Millionen im Deutschen Gewerkschaftsbunde vereinigten Arbeiter, Angestellten und Beamten fordern wir daher alle Parteien, Berufsverbände und sonstigen für Deutschlands Zukunft mitverantwortlichen Organisationen auf, die Regierung in ihrem schweren Abwehrkampfe nachhaltig zu unterstützen und in dieser höchsten Not Schicksalsfragen der Nation endlich über alle inneren Gegensätze, über die Rücksicht auf Wahlen und kleinliche Tagesbedürfnisse zu stellen.“

Der Ortsausschuß Halle des Deutschen Gewerkschaftsbundes schließt sich dieser Entschließung einmütig an.

Herr Braun hat Eile

Der Preußische Landwirtschaftsminister weist in seinem Erlaß darauf hin, daß anläßlich des letzten Landarbeiterstreiks im Bezirk Stralsund festgestellt worden ist, daß in den landwirtschaftlichen Privatbetrieben die Wahlen von Betriebsräten noch nicht überall eingeleitet sind. Der Minister ordnet daher an, daß damit unverzüglich dort begonnen wird, wo nach dem Betriebsrätegesetz die Errichtung einer Betriebsvertretung notwendig ist. Die Landräte sind zur Berichterstattung über die Zahl der in Betracht kommenden landwirtschaftlichen Privatbetriebe und über die Zahl der in jedem von ihnen tätigen ständigen Arbeitnehmer aufgefordert worden. Der Preußische Landwirtschaftsminister hat ferner auch für die sämtlichen anderen Regierungsbezirke außer Stralsund eine Nachprüfung darüber angefordert, ob die Betriebsvertretungen überall vorhanden sind.

Herr Braun scheint sich angesichts seines immer näher heranrückenden Sterbestündchens noch einmal bei seinen Wählern in empfehlende Erinnerung bringen zu wollen, indem er ihnen dokumentiert, welches warme Herz er als Regierungsmann für sie in der Brust trägt. Wenn Herr Braun nur halb so viel Interesse auch für die Hebung der Produktion in der Landwirtschaft gezeigt hätte, dann hätte er u. E. mehr Anspruch auf Anerkennung nicht nur bei seinen Anhängern, sondern beim ganzen deutschen Volke.

Wahlmache der preußischen Regierung

b. Stettin, 15. Februar.

Wie die „Pommersche Tagespost“ berichtet, hat sich der sozialdemokratische Minister Severing eine höchst eigenartige Ueberraschung für den Wahltag ausgedacht. Sämtlichen Landräten und Bürgermeistern des Kreises sind große Posten von graphischen Darstellungen der Wahlergebnisse von 1866 bis 1919 übermittelt worden mit einem Runderlaß, in dem die Landräte und Bürgermeister aufgefordert werden, diese Darstellungen in Lokalen aufzuhängen, die von Wählern häufig besucht werden. Diese Plakat sind so aufzuhängen, daß sie gut beleuchtet und leicht zugängig sind. Unter diesen Darstellungen steht in fett gedruckten Lettern folgendes:

„Der 20. Februar entscheidet über unsere politische und wirtschaftliche Entwicklung. Das Wahlergebnis in einem parlamentarisch regierten Staat bestimmt die Staatspolitik und trägt die Geschicke des Volkes. Wähler entscheidet wie ihr regiert sein wollt. Wahlrecht ist Wahlpflicht für jeden. Jeder Preuße, Mann oder Frau, muß wählen. Tretet für die Regierung des republikanischen Preußens ein.“

Die „Pommersche Tagespost“ sieht in diesem Runderlaß eine Wahlmache des Ministers zugunsten der sozialdemokratischen Partei und eine Ueberschreitung seiner Befugnisse, wenn er die Landräte und Bürgermeister verpflichtet die Hand zu bieten für die Beeinflussung der Wählerschaft. Sie richtet an die Unterzeichner dieses Erlasses (Severing und Freund) die Frage wer die unzweifelhaft zugunsten der sozialdemokratischen Partei betriebene amtliche Wahlmache bezahlt und aus welchen dem Minister zur Verfügung stehenden Fonds die Mittel zur Herstellung der Plakate entnommen werden.

Aus dem Wahlkampfe

Im Reiche Kasparets

Man schreibt uns:

Schreiben des Kreiswohlfahrtsamtes an den Ortsschulzen in U.:

„Sie wollen durch den Gemeindediener bekanntmachen lassen, daß am xten d. M., abends 8 Uhr, im Gemeindegasthause eine Versammlung der U. S. P. stattfindet, in der der „Herr Landrat“ sprechen wird.“

So ungefähr lauten die Schreiben, die im Auftrage Kasparets den amtlichen Stellen im Kreise Sangerhausen zugehen. Bis vor kurzem brauchte der Vertreter der U. S. P. zu seinen Wahl- und Brandreden auch das ihm zu Dienstzwecken bewilligte Kreisauto. Kurz vor seiner Wahlrede in U. war der Herr „Kommissarische“ wegen dieser mißbräuchlichen Benutzung des Kreisautos mit seinem Busenfreunde, dem Kommunisten Klein in Bielen, zusammengeraten. Bei dieser Gelegenheit erfuhren die aufmerksam zuhörenden Landwirte und Arbeiter, daß das Dienstauto auch schon dem Führer der Kommunisten des Kreises Sangerhausen, der seinerzeit das Auto mitbewilligte, für „dienstliche Zwecke“ zur Verfügung gestanden hat. Aus diesem Grunde wagte Kasparet zu seinen weiteren Vorträgen das sozialisierte Auto nicht mehr zu benutzen. Der Ortsschulze in U. erhielt nun eine zweite amtliche Aufforderung, den „Herrn Landrat“ mit Geschirr vom Bahnhofe H. abholen zu lassen. Was sagt die Aufsichtsbehörde zu diesem Mißbrauch der Dienstgewalt?

Nun, der Herr Landrat kam! Eleganter Straßenanzug, weißseidenes Taschentuch in der äußeren Brusttasche, modernen Schlips und goldene Uhrkette überm Bauch. In diesem Anzuge mutete seine wiederholte Redewendung „wir Arbeiter“ ganz besonders komisch an.

In 2½stündiger Rede entwickelte K. nicht etwa das Programm der U. S. P., sondern seine eigenen Ideen. Hetze gegen Landwirte, Bürger, Junker und Junkergenossen der Deutschnationalen Volkspartei. Scharfe Absage an die Mehrheitssozialisten. Eher noch die dreimal verfluchten Deutschnationalen als einen Mehrheitssozialisten wählen. Der „Herr Landrat“ klagte ferner, daß er sich in seiner dienstlichen Tätigkeit nicht entfalten könne. Schuld, daß sich der Kreis Sangerhausen unter seiner Leitung noch nicht

Die Besteigung des Mount Everest

Wie ein Telegramm aus London meldet, hat der Präsident der „Royal Geographic Society“ den Mitgliedern der Gesellschaft die Mitteilung gemacht, daß man nunmehr die Vorbereitungen zur Besteigung des Himalajas und des höchsten Berges der Welt, des Mount Everest, oder wie er öfter genannt wird, des Gaurisankar, treffen könne. Nach den neuesten Messungen ist der Mount Everest 9700 Meter hoch, also ein ganz gefährlicher Riese, an dessen Bekämpfung die Engländer herangehen wollen. Da wird die Frage laut, ist überhaupt eine Besteigung dieses Bergriesen möglich? Und diese Frage beschäftigt in hohem Grade alle Bergsteiger.

Der berühmte Alpinist Georges W. Abraham äußert sich zu dieser Frage folgendermaßen: Im Vergleich mit der Reise nach dem Pole ist die Besteigung des höchsten Gipfels der Welt schwieriger und gefährlicher. Dieser Berg liegt in dem verbotenen Lande Nepal, und man muß mit den Eingeborenen als mit einer der größten Gefahren rechnen, die man überhaupt zu bestehen hat. Die Eingeborenen nennen den Riesenberg „die Schneekönigin“, und ihr mächtiger schneebedeckter Gipfel ist Gegenstand der Anbetung und Ehrfurcht bei den Eingeborenen weit und breit, so daß bei der Ankunft der Engländer mit Unruhen zu rechnen ist. Man darf hierbei nicht das Schicksal der Expeditionen Nummerus im Jahre 1895 vergessen. Sie verschwand spurlos, und es ist wohl etwas leichtfertig bei dem Unglück von einer Lawine oder etwas ähnlichem zu sprechen, denn zur Expedition Nummerus gehörten die tüchtigsten und erfahrendsten Bergsteiger Englands. Es gibt nur wenig Weiße, die den Mount Everest bisher gesehen haben. Sollte es nun der Expedition glücken, den Gipfel zu erreichen, so beginnt erst der Kampf mit dem gefährlichsten Feinde, der Bergkrankheit. Diese geheimnisvolle Krankheit hat fast die meisten Besteigungen so hoher Berge unmöglich gemacht. In tieferen Regionen kann man sie überwinden, aber oben im ewigen Schnee wirkt sie nur noch gefährlicher. Die Sonne wirft unbarmherzig ihre brennenden Strahlen und durchdringt die dünne Luft. Jeder einzelne Schritt nach aufwärts wird hierdurch zu einer furchtbaren Strapaze. Die Glieder werden schwer wie Blei, die Lungen arbeiten nur noch mühselig, um sich die Luft zu verschaffen die so außerordentlich wenig Sauerstoff enthält. Das Herz schmerzt, und mehr wie zwei Schritte in der Minute kann man nicht machen. Bei längerem Aufenthalt in großen Höhen kann man sich wohl langsam an die immer dünner werdende Luft gewöhnen. Aber kein Mensch weiß, ob es möglich ist, diese Anstrengungen in einer Höhe von über 9300 Metern auszuhalten. Allerdings haben Flieger mit Hilfe von Sauerstoffzylindern größere Höhen erreicht. Aber diese Hilfsmittel sind naturgemäß bei Bergbesteigungen in solcher Höhe nicht anwendbar. Es sind bereits eine Anzahl Versuche bei einer Expedition nach dem Himalaja gemacht worden. Wenn die letzten 5000 Fuß des Mount Everest aus Eis oder glatten Steinmassen bestehen wird es ohne Zweifel unmöglich sein, den Gipfel zu erreichen. Man sagt jedoch, daß die Südseite der großen Schneekuppel leichter zu besteigen sein soll. Wenn hier ein Flugzeug mit Sauerstoffapparaten landen könnte, würde dies für die Gewinnung des Gipfels von großer Bedeutung sein, und wenn das Wetter klar bleibt, so wäre allerdings das Schicksal der Schneekönigin entschieden.

Paul Bender-Konzert

Der zweite Liederabend, den Paul Bender, der berühmte Bassist des Münchener Nationaltheaters, gestern im Thaliasaal veranstaltete, hatte einen beispiellosen Erfolg. Der Raum reichte kaum aus, um alle Besucher zu fassen; und der Beifall war so begeistert, daß der gefeierte Künstler durch Wiederholungen und Zugaben danken mußte. Wer im ersten Konzert Paul Benders unvergleichlich vollkommene Kunst genossen hat, wird dieses erfreuliche Ergebnis nicht weiter unbegreiflich finden. Eine wunderbar quellende Stimme, zur höchsten Vollendung entwickelte Technik, tiefe Innerlichkeit und fein abwägender Kunstverstand vereinigen sich in Paul Benders Gesang zu Leistungen, deren Vorzüglichkeit gegenüber die höchste Bewunderung angezeigt ist. Selbst die ungewöhnlich breiten Zeitmaße, die der Künstler bevorzugt, sind darin eingeschlossen. Findet sich doch trotzdem kein Takt, der etwa leer an Gefühl oder blaß an Farbe bliebe. Die Schubertlieder und die Gesänge Hugo Wolfs, die den Abend einleiteten, waren sämtlich gute Bekannte. Sie wurden aber mit Freuden aufgenommen, weil Paul Bender ihrem Vortrag ein lebendiges, persönliches Gepräge zu verleihen wußte. Besonders kostbare Gaben waren „Sehnsucht“, „Litanei“ und „Schlafendes Jesuskind“. In den reizenden Nippsachen von R. Würz und den schönen Gesängen von Paul Graener kamen auch des Künstlers Neigungen zu erquickendem Humor prächtig zur Geltung. Wie liebenswürdig und schalkhaft wurde da die reizende Rokoko-Teestunde des Liedes „Der alte Herr“ heraufbeschworen! Wie köstlich war die Stimmung getroffen für „Die Zierliche“, wie natürlich die lustige Neckerei im „Kinderreim“. Von den Werken Karl Loewes, die sich alle durch musterhafte Gestaltung des Gehalts auszeichneten, hinterließen „Mädchen sind wie der Wind“, „Hinkende Jamben“ und „Der Nöck“ die beste Wirkung.

Durch die hervorragende Begleitung Michael Raucheisens, der restlos in des Sängers Auffassung aufzugehen versteht, erschienen alle Lieder zu wahren Kabinettstücken abgerundet.

Prof. Dr. W. Kaiser.

*

— **Ein Streit um Faust.** Ueber Name und Herkunft des geschichtlichen Faust veröffentlicht Dr. R. Blume (Freiburg i. Br.) im Februarheft des „Schwäbischen Bundes“ (Verlag Strecker u. Schröder, G. m. b. H., Stuttgart) interessante neue Forschungen. Kürzlich hatte in derselben Zeitschrift Prof. Dr. Hofmann (Karlsruhe) den Beweis zu erbringen versucht, daß der „Erzzauberer“ Faust mit seinem rechten Namen „Helmstetter“ heiße und aus Heidelberg gebürtig war. Diese Annahme scheint sich jedoch nicht aufrecht erhalten zu lassen. Vielmehr bringt Dr. Blume eine Menge von Material bei, das es kaum als zweifelhaft erscheinen läßt, daß das schwäbische Städtchen Knittlingen bei Maulbronn tatsächlich der Geburtsort Fausts war und daß dieser sein Name nichts mit dem lateinischen Wort faustus, das heißt der Glückhafte, zu tun hätte, vielmehr mit fustis, der Knüttel, im Zusammenhang steht, wie denn auch das Wappen Knittlingens zwei gekreuzte Knüttel aufweist; der Name Faust wäre demnach also einfach zu deuten als eine damals in Gelehrtenkreisen allgemein übliche Latinisierung der Bezeichnung „Knittlinger“, ähnlich wie sich der dem Faust geistesverwandte Trithenius diesen Namen nach seiner Herkunft aus Trittenheim beilegte. Auch die scheinbar nicht auf Knittlingen passenden Angaben über Fausts Herkunft in den ältesten Volksbüchern, wie „Rod bey Weimar“ stehen insofern mit dieser Annahme nicht in Widerspruch, als ähnliche Bezeichnungen in der Knittlinger Gegend noch heute üblich sind. Selbst ein „Heidelberg“ findet sich dort über dem Tal der Zaber. So dürfte es also seine Richtigkeit damit haben, daß der geschichtliche Faust, der der Gegenstand unserer größten deutschen Dichtung und des gewaltigsten Dramas der Weltliteratur geworden ist, ein Schwabe war.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192102152-16/fragment/page=0002

...ein Schlaraffenland verwandelt hat, tragen sein Vorgesetzter, der Rechtssozialist Severing, und die reaktionären Geheimräte in Merseburg. Seine Freunde sind die Kommunisten. Wenn U. S. P. und Kommunisten vorläufig auch noch getrennt marschieren, so wird doch die Zeit bald kommen, daß beide Parteien unter seiner Leitung vereint schlagen werden.

Daß uns nur Arbeit retten könne, erklärte K. für deutschnationales Gefasele. Retten kann uns nur eine Radikalkur: Schlußmachen mit den Kapitalisten. 1918 war überhaupt keine Revolution, nur eine kleine Umwälzung. Die Revolution, die „Ich" in Gemeinschaft mit meinen Freunden, den Kommunisten, noch machen werde, wird ganze Arbeit leisten. Jeder Besitz muß enteignet werden usw.

Die Diskussion war sehr stürmisch. Schimpfnamen, wie deutschnationales Schwein, halts Maul, gemeines Subjekt!, frecher Kerl u. a. aus dem Lexikon des „Volksblattes" seligen Angedenkens hagelten auf unseren Diskussionsredner. Wutschäumend mit geballten Fäusten sprang der „Herr Landrat" wiederholt auf den nur sachlich sprechenden Diskussionsredner ein. Kurz, die äußere Hülle fiel und es zeigte sich den Insassen des Kreises Sangerhausen nur der blutrünstige „Volksblatt"-Hetzer.

Im Schlußwort forderte unser Landsmann Kasparek zu Gewalttätigkeiten gegen den Diskussionsredner auf. Die Gefolgschaft fehlte aber. Auch sein Betteln um Gaben für den Wahlfonds und zur Deckung der Unkosten für den Abend war erfolglos. Nicht einen Pfennig hat der Parteisekretär der U. S. P., der mit offener Hand am Saalausgange stand, einstreichen können. Die beste Quittung für das Auftreten Kasparek's.

Z.

Das preußische Autonomiegesetz

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt:

Der vorläufige Entwurf des sogenannten Autonomiegesetzes ist jetzt den Oberpräsidenten der preußischen Provinzen zugegangen mit dem Auftrag, ihn den am 20. Februar d. J. neu zu wählenden Provinziallandtagen bei ihrer ersten, im Laufe des Monats März stattfindenden Tagung, zur Begutachtung vorzulegen. Auf Grund der Gutachten der Provinziallandtage wird der Entwurf alsdann einer erneuten Prüfung durch das preußische Staatsministerium unterzogen und mit tunlichster Beschleunigung dem neuen Landtage vorgelegt werden. Wie bekannt, handelt es sich bei diesem Gesetz um eine wesentliche Erweiterung der Selbständigkeit der Provinzen, insbesondere durch Uebertragung gewisser bisher vom Staate wahrgenommener Verwaltungsaufgaben und Zuständigkeiten auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung und durch Einrichtung von Beiräten, die von den Provinziallandtagen gewählt werden, bei einzelnen staatlichen Provinzialbehörden.

Die Saarfrage

Die Regierungskommission des Saargebiets hat bekanntlich vor längerer Zeit die Wahrnehmung der Auslandsinteressen der Bewohner des Saargebiets, die ihre Staatsangehörigkeit nicht gewechselt haben und zuweilen mit dem staatsrechtlich nicht zutreffenden Ausdruck „Saarländer" bezeichnet werden, der französischen Regierung übertragen. Im Zusammenhang mit dieser Uebertragung hat, wie wir erfahren, die Reichsregierung verschiedene Noten an die Regierungskommission des Saargebiets und an den Völkerbund gerichtet.

In einer bereits einige Zeit zurückliegenden Note hat die Reichsregierung erklärt, die Wahrnehmung der Interessen des Saargebiets in Deutschland durch die französischen Vertretungen nicht anerkennen zu können. Eine Wahrnehmung dieser Interessen durch Frankreich wäre mit dem Versailler Vertrag unvereinbar, da das Saargebiet dem übrigen Deutschland gegenüber nicht Ausland ist und die Frage, ob es aufhört, Reichsgebiet zu sein, erst im Jahre 1935 auf Grund einer Volksabstimmung entschieden wird. Es wäre auch unbegreiflich, wenn die im Saargebiet ansässigen deutschen Staatsangehörigen in Deutschland gegenüber deutschen Behörden von Frankreich vertreten werden sollten.

Vor kurzem hat sich die Reichsregierung mit einer anderen Seite dieser Frage zu beschäftigen gehabt, nachdem ihr ein im Amtsblatt der Regierungskommission des Saargebiets veröffentlichtes Schreiben der französischen Regierung bekannt geworden war, wonach diese sich bereit erklärt hatte, den im Ausland ansässigen Saarländern den Schutz der französischen diplomatischen und konsularischen Agenten angedeihen zu lassen. Die Reichsregierung hat darauf aufmerksam gemacht, daß hier ein Versehen vorliegen muß, denn der Friedensvertrag kennt keine „Saarländer", sondern nur Bewohner des Saargebiets und gibt nur bezüglich der Bewohner, d. h. der Personen, die ihren Wohnsitz im Saargebiet selbst haben, der Regierungskommission das Recht, für die Wahrnehmung ihrer Auslandsinteressen zu sorgen. Von Personen aber, die aus dem Saargebiet stammen und anderswo wohnen, d. h. von sogenannten „Saarländern", spricht der Vertrag an keiner Stelle. Die Reichsregierung hat deshalb eine Berichtigung des Schreibens der französischen Regierung beantragt und im übrigen erklärt, daß sie den Schutz der im Ausland ansässigen, im Saargebiet beheimateten Personen insoweit für sich beansprucht, als diese die Reichsangehörigkeit besitzen.

Spionageverordnung der Rheinlandkommission

Trotz der entschiedenen Einsprüche des Reichskommissars für die besetzten Gebiete, v. Starck, fährt die Interalliierte Rheinlandkommission fort, Verordnungen über Verordnungen zu erlassen, die im schärfsten Widerspruch zu der von den Kommissionen der fremden Mächte zugesicherten loyalen Ausführung des Rheinlandsabkommens stehen. So hat die Interalliierte Rheinlandskommission neuerdings eine Verfügung erlassen, in der Strafen bis zu lebenslänglichem Gefängnis angedroht werden. Auch diese Verordnung, die wohl aufs treffendste als Spionageverordnung bezeichnet wird, ist auf die überwiegenden Einflüsse der Militärs in der Rheinlandkommission zurückzuführen. Nach Verordnung 71 wird mit Gefängnis bis zu lebenslänglicher Dauer bestraft, wer sich Orten nähert, sie besichtigt oder photographiert, deren Betreten durch Befehl des Oberbefehlshabers einer Besatzungsarmee untersagt ist. Unter die gleiche schwere Strafe fällt, und das ist wohl der bedenklichste Teil der Verordnung, wer mit anderen als den an der Besatzung teilnehmenden Mächten ein Einvernehmen unterhält. In den weiteren Artikeln der Verordnung wird die gleiche hohe Strafe solchen Personen angedroht, die ohne schriftliche Erlaubnis des Oberbefehlshabers der Besatzungszone drahtlose Telegraphen- oder Telephonanlagen errichten, oder Teile solcher Apparate besitzen, herstellen, kaufen oder verkaufen. Auch das Tragen von Uniformen und Abzeichen der Besatzungsarmeen und der Rheinlandskommission, sowie deren Nachahmung wird unter diese Strafe gestellt. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete hat mit aller Entschiedenheit gegen diese Verordnung Einspruch erhoben, besonders gegen den Artikel, der das Einvernehmen mit anderen als den Besatzungsmächten betrifft. Die Dehnbarkeit dieses Artikels ist allzu deutlich ersichtlich und stellt nur eine Handhabe zur Strafverfolgung der den Besatzungsbehörden mißliebigen Personen dar.

Volkswirtschaftlicher Teil

Die Konkurrenz Halle-Leipzig im Wirtschaftsbund Mitteldeutschlands

Im Verein „Hallesche Presse" wurde im Zusammenhang mit den Verkehrsfragen auch dieses Thema angeschnitten. Man vergleiche den Artikel „Verkehr" im örtlichen Teile.

Halle—Leipzig, diese beiden Konkurrenten auf dem Gebiete des Verkehrs, die nach längerer Ruhepause erneut zum Kampf rüsten, sind auch noch anderswo bemüht, sich den Rang abzulaufen.

Als in Weimar der „Wirtschaftsbund Mitteldeutschland" gegründet wurde, über den wir schon oft und ausführlich berichtet haben, da tauchte bereits in jener Gründungsversammlung die Frage auf, welche Stadt der Vorort des Wirtschaftsbundes sein sollte. Ein Teil entschied für Leipzig und zwar aus Gründen, die mit dem Wirtschaftsbund an sich wenig zu tun haben, ein anderer Teil der Delegierten sprach offen aus, daß nach rein wirtschaftlichen Grundsätzen Halle der gegebene Ort ist, der die Zentrale des neuen Verbandes beherbergen müßte. Die Frage ist noch nicht entschieden worden. Leipzig kämpft auch hier um den Vorrang. Jedoch: zu Unrecht!

Wenn man sich die Gesichtspunkte vergegenwärtigt, nach denen die Zusammenfassung „Wirtschaftsbund" geschehen ist, so kommt man zu dem Endergebnis, daß alles das, was man gern erfüllt sehen möchte, sich in Halle vereinigt. Das Gebiet des Wirtschaftsbundes soll sich mit den Gebieten decken, die einheitlich nach ihrer Kraftversorgung, nach Handel und Verkehr, nach Bodenschätzen und schließlich auch politischen Beziehungen zusammengehören. Man fand, daß die in dem Wirtschaftsbund Mitteldeutschland vereinigten Provinzen und Länder diese Forderungen erfüllen und es blieb nur die Frage des Zentralortes offen. Legt man an seine Geeignetheit dieselben Maßstäbe, so wird mit erschreckender Deutlichkeit klar, daß nur Halle der Sitz des Wirtschaftsbundes werden kann. Man mag das gefühlt haben, indem man den Vorsitz in unsere Stadt legte und die Verwaltung des Bundes in jene Hände, die den Gedanken in die Tat umsetzten.

Es ist unbestreitbar, daß **Halle der Mittelpunkt für die Landwirtschaft Mitteldeutschlands ist.** Der Sitz der Kammern und der landwirtschaftlichen freien Organisationen in Halle bezeugen das. Hier sind auch die Organisationen zentralisiert, die der Brennereiindustrie dienen. Die Zuckerindustrie hat in Halle starke Stützpunkte, landwirtschaftliche Maschinen, landwirtschaftliches Studium, landwirtschaftliche Tagungen und Kongresse, alles das hat zu Halle enge Beziehung. Magdeburg und Erfurt spielen auf diesem Gebiete nicht die Rolle unserer Stadt Leipzig scheidet ganz aus.

In noch viel höherem Maße ist aber Halle geeignet Vorort dieses Wirtschaftsbundes zu sein, wenn man an die Industrien denkt, die im Bunde einen Hauptsitz einnehmen: **Braunkohle und Kali!** Zwar ist das Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat z. Zt. nach Leipzig gelegt worden, aber man ist sich heute noch nicht darüber klar, wie das geschehen konnte. Der Sitz der Braunkohlenindustrie des mitteldeutschen Gebiets ist Halle. Von hier aus werden die Gruben der großen Braunkohlengesellschaften verwaltet und hier konzentrieren sich die Organisationen der Braunkohlenindustrie. Halle ist der Sitz des Oberbergamts und Halle wird sofort in Verbindung mit der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie gebracht, wo immer auch nur die Rede davon ist. Die **Kaliindustrie** hat dagegen ihr Hauptgewicht im Thüringischen, aber sie neigt wirtschaftlich auch zu einem großen Teile nach Halle. Nicht jedoch nach Leipzig.

Die **Kraftversorgung** der **Provinz Sachsen** hat in letzter Zeit große Fortschritte gemacht. Auf Grund guter lohnender Netze ist man jetzt in der Lage, auch die entlegensten Teile der Provinz an das Zentralnetz anzuschließen. Die Gesellschaft die diese großzügige Versorgung bewerkstelligt, ist der Elektrizitätsverband Sachsen-Anhalt, der seinen Sitz in Halle hat. Und rege Beziehungen gehen von Halle herüber zu dem Riesenwerk Golpa bei Bitterfeld, das Deutschland nur einmal in diesen gewaltigen Dimensionen aufzuweisen vermag. Es liegt nicht bei Leipzig.

Auch die Stickstoffindustrie, die in Mitteldeutschland — also auch der Braunkohle — ihre großen Werke errichtete, hat starke Beziehungen zu Halle und seinen Organisationen.

Aber selbst wenn alle diese durch jahrzehntelange Entwicklung und durch natürliche Lage geschaffenen Vorteile nicht maßgebend wären, Halle als Sitz dieses Wirtschaftsbundes gelten zu lassen, so bliebe — was Leipzig für sich in Anspruch nimmt — noch eins, das Halle stark begünstigt: sein großangelegtes Verkehrsnetz. Es wird ja an anderer Stelle dieser Nummer auseinandergesetzt, wie Leipzig wieder ununterbrochen bemüht ist, Halle diesen Vorrang streitig zu machen, der es zum Sitz eines Verbandes geradezu prädestiniert. Auch wenn es Leipzig gelingen sollte, uns einige durchgehende Verbindungen abzudrosseln, so bleibt Halle als Mittelpunkt eines großen mitteldeutschen Verkehrsnetzes — und nur das kommt hier in Frage — nach wie vor der geeignetere Ort, neben dem Vorsitz auch den Sitz des Wirtschaftsbundes zu erhalten.

Und auf den Faktoren Landwirtschaft, Industrie und Verkehr baut sich dann auch der Handel auf, der in Halle seine weit über Mitteldeutschland reichende Vertretung gefunden hat. Unsere Handelskammer ist nicht umsonst zu der Bedeutung gelangt, die sie heute in Deutschland einnimmt. Sie ist es ja auch gewesen, die den Gedanken des Mitteldeutschen Wirtschaftsbundes aus dem Planen zum Reifen brachte und es wäre eine sonderliche Tücke des Objekts, wenn die Leipziger — ohne dabei an den Gegensatz Sachsen-Preußen denken zu wollen — nun die Früchte dieser ersten Arbeit einheimsen würden.

Wir alle, die Presse, die Stadtverwaltung, die Behörden, die Kammern, die Industrieorganisationen und vor allem der mächtige Faktor, die Landwirtschaft, müssen das verhüten. Das aber ist nur möglich, wenn noch heute „an die Arbeit" gegangen wird.

**

Mansfeldsche Kupferschiefer bauende Gewerkschaft in Eisleben. Gegenüber von Pressemitteilungen über das voraussichtliche Ausmaß der diesmaligen Ausbeute erfahren die „L. N." von wohlunterrichteter Seite, daß ein Beschluß hierüber noch nicht gefaßt ist, daß aber nach Meinung der Deputationsmitglieder nur eine Ausschüttung von nicht über 100 Mark pro Kux in Aussicht genommen werden kann. Das wirtschaftliche Ergebnis im verflossenen Jahre ist an sich nicht ungünstig gewesen, dagegen hat seit Beginn des neuen Jahres sich die Lage durch das Sinken der Silber- und Kupferpreise derart verschlechtert, daß zurzeit mit Verlust gearbeitet wird. Die Aussichten erscheinen in Ansehung des jetzigen Weltmarktpreises recht trübe. Was die Bezahlung von zwei Streiktagen beim jüngsten Ausstand anlangt, so ist sie von der Deputation abgelehnt worden, weil die in Abwesenheit des Werkleiters vom stellvertretenden Direktor erteilte Zusage unter Drohungen abgezwungen worden ist. Daraufhin hat der in Gefolgschaft der Kommunisten stehende Teil der Belegschaft sich an das Arbeitsministerium gewandt. Dieses hat für Donnerstag einen Schlichtungstermin anberaumt.

Mittags-Börsendienst der „H. Z."

[Eigene Drahtmeldungen]

Berlin, den 15. Februar 1921.

Börsenvorbericht.

Infolge der Versteifung der Devisenkurse erlangte die Börsentendenz einen festeren Anstrich. Die Kurse setzten vielfach mit 3- bis 6prozentiger Besserung, namentlich am Montanmarkt ein. Vereinzelt jedoch waren auch Rückgänge zu verzeichnen. So verloren Rheinische Braunkohlen 14 Prozent Argo-Dampfschiffahrt setzte ihre Aufwärtsbewegung fort und stellten sich auf 1050, welches eine Besserung von 40 Prozent gegen den gestrigen Schlußkurs ist. Das Geschäft war unbelebt. Mexikaner lagen höher, Deutsche Anleihen gut behauptet.

Vorkurse der Berliner Börse

	5 2	14. 2.		15. 2.	14. 2.
5% Dt. Reichsanl	77.50	77.50	Elbert. Farben	427.00	430.00
Berl. Handelsges.	235.00	234 00	Th. Goldschmidt	765 00	754.00
Comm. u. Privatbk	—.—	208 50	Höchster Farbw	406.00	408.00
Darmst. Bank	177.50	178 50	Allg. Elektr.-Ges.	300.00	294 50
Deutsche Bank	295 00	296 00	Bergmann. Elektr	316.50	312 50
Disconto Ges.	240 25	240.00	Sachsenwerk	320 00	325.25
Dresdner Bank	—	210 00	Schuckert	237 75	238 50
Hambg. Paketf.	197,00	197 50	Siemens & Halske	293,00	292 50
Hansa	315,00	313.00	Adlerwerke	252.00	252.00
Nordd. Lloyd	195.50	196 7/8	Augsb.-Nürnb. Ma.	353 00	356.00
Bochum. Guss	429.00	—	Daimler	255,00	249 7/8
Dtsch.-Luxemburg	313.00	310,00	Dtsch. Waff. u. M.	510.00	507.00
Gelsenkirch. Bgw.	327.00	323.00	Dynamit Nobel	333 00	333 25
Harpener	427.00	425,50	Hirsch Kupfer	363,00	365.00
Laurahütte	311.00	310, 0	Köln-Rottweiler	333 00	338.75
Mannesmann	542.00	541.00	Orenstein&Koppel	495,00	487.00
Phönix	548 00	545,00	Rheinmetall	332 00	—.—
Rheinstahl	499.00	493 50	Deutsche Kali	341.00	341.00
A.-G. f. Anilinf.	449 00	—.	Steaua Romana	—	—.—
Badische Anilin	515,00	510.25	Otavi Minen	630,00	632,00

Devisen-Vorkurse

	15. 2. 21 Mittelkurse	14. 2. 21 Geld	14. 2. 21 Brief
Amsterdam	2005,00	1973,00	1977,00
Brüssel	442,00	434,55	435,45
Christiania	1040,00	1025,95	1031,05
Kopenhagen	1100.00	1063,90	1066,90
Stockholm	1305,00	1286,20	1288,80
London	228,00	223,00	223,50
New-York	58,25	56,94	57,06
Paris	422,00	415,05	415,95
Schweiz	955,00	931,55	933,45

Allgem. Elektrizitäts-Ges. — Linke-Hofmann-Werke. In der Sitzung des Ausschusses der A. E. G. und des Aufsichtsrats von Linke-Hofmann wurde vereinbart, die seit längerer Zeit angestrebte Annäherung der beiden Gesellschaften durch einen Aktienaustausch zu bekräftigen. Jede der beiden Firmen soll nom. 30 Millionen Mark junge Aktien der anderen mit Dividendenanspruch vom 1. Januar 1921 zu dauerndem Besitz erwerben. Das Bewertungsverhältnis von A. E. G. und Linke-Hofmann-Aktien wird am Verhältnis von 2 zu 3 bemessen und die Wertdifferenz seitens der A. E. G. in bar ausgeglichen.

Hallesche Notierungen. Halle a. S. 15 Februar 21.

Anleihen.

3½% Hall. Stadt-Anl. v. 1886	—,— G
3½% " v. 189[illegible]	86. G
2½% Hall. St.-A. v. 1900. S. III	—,—
4% " " v. 1900	71,00 G
4% " " v. 1905	72,00 G
4% " " v. 1910	71 00 G
4% Landsch. Zentral-Pfdbr.	90.— G
3½% " " "	8[illegible],00 G
3% " " "	75,00 G
4% Sächs. landsch. Pfdbr.	[illegible]
3½% " " "	88,[illegible]0 G
3% " " "	80.00 G
3½% Provinzial-Anleihe	90,— G
4% "	85.00 bB
3½% Halle-Hettst. Eisenb.-A.	63.— G
4½% " " v. 1900	66.— B
4½% " " v. 1911	63,— b
4% Bruckd.-Nietl. B. V. H.-A	96, G
4½% K. Sophie b. Wolmirsleben Hyp.-Anl.	98,— G
4½% D Grubeb. Bitterf. H.-A.	98,— G
5% G. Burbach H.-A., r. 103%	100,— G
5% Gew Gute Hoffnung Hyp.-Anl. rzb. 102%	100,00 G
5% G Leonhardtb. Frankl.-A.	100.— G
5% G. Vesta-Hyp.-A. r. 102%	100.— G
4½% G. Auguste b Bitterf.-A.	98,— G
4½% " " " r. 102%	98.— G
4% Hall. Pfännerschaft-A.	93,— G
5% " rzb. 102%	100,50 G
4% Mansf. Gew.-Anl. v. 1898	92,— G
4% " " " 1902	92,— G
4½% " " " 1908	96.— G
4½% " " " 1911	96,— G
4% Naumb. Braunk. abg. H.-A.	99,— G
4½% " H.-A. r. 102%	100,— G
4½% A. Riebeck Montanwerke-Anl. rzb. 102%	100 50 b
4% Sächs.-Thür. Braunkohl.-Verw. II Anl. rückz. 102%	95,— G
4½% S.-Thür. Br.-V.-A. r. 10.-%	100.— G
4% Waldauer Braunk.-Anl.	95,— G
4½% " r. 102%	100,— G

4% W.-Weissenf. Br.-A. v. 18[illegible]	95,00 G
4% " " v. 18[illegible]	95,00 G
4% " " v. 1902	95,00 G
4½% " " r. 102%	100,— G
4% Z. Par. u. Solarölfabr.-A.	96,00 G
4½% " " A. r. 102%	101,00 G
4% Cröllw. Papierfabr. H.-A	97,— G
4½% " A. r. 103%	100,00 G
4½% Eilenb. Kattun-Manuf. Hyp.-Anl. rückz. 102%	100,00 G
5% Eisenw. Schafstädt Hyp.-Anl. rückz. 101%	99.— G
4% Fabr. l. Masch. F. Zimmermann & Co A.-G. H.-A r. 103%	94,— G
4% Kyffh. H.-A. ank. bis 1915	94.00 G
4½% G. Lindner H.-A. r. 102%	101,— G
4½% " v 1912 v. 102%	101.— G
Aktien.	
Hallescher Bankverein	188.00 G
Spar- und Vorschussbank	106.— G
Hall. Pfännerschaft A.-G.	154.— G
Riebecksche Montanw. A.-G	—,—
W. Weissenf. Braunk.-A.-G	—,— G
Ammendorfer Papierfabrik	1[illegible]20 G
Cröllwitzer Papierfabrik	450,— G
Cönnerner Malzfabrik	150,— G
Eilenb. Kattun Manufaktur	310.— G
Eisenwerk Brünner	178,— G
F. f. M. F. Zimmermann & Co.	235,— G
" Vorz.-A	—.—
Hallesche Maschinenfabrik	—.—
" Portland-Zement	170.— G
Hildebrandsche Mühlenwerke	230.— G
Kaiserbad Schmiedeberg	160,— G
Körbisdorfer Zuckerfabrik	—.—
Kyffhäuserhütte Nr. 1—1000	300,— B
" Nr 1001—4100	193.— G
Gottfried Lindner	330.— G
Wegelin & Hübner	265,— b
Zuckerraffinerie Halle	395,— G
Halle-Hettst. Eisenb.-A. La.A.	—,—
" " " La.B.	68,— B
Kuxe.	
Bruckd. Nietleb. Bergbau-Ver.	— —

Gewinn-Auszug

der

17. Preuß.-Südd. (243. Preuß.) Klassen-Lotterie

2. Klasse — 2. Ziehungstag — 11. Februar 1921

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. — Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 236 Mark gezogen:

2 Gewinne zu 30000 M 109953
2 Gewinne zu 5000 M 151158
2 Gewinne zu 3000 M 173571
2 Gewinne zu 1000 M 93357 223463
4 Gewinne zu 500 M 140892
12 Gewinne zu 400 M 86124 133530 137372 140173 180108 164658
30 Gewinne zu 300 M 999 19482 26485 58334 62735 77662 101879 109828 130297 150821 175682 176170 201191 205214 213808

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 236 Mark gezogen:

2 Gewinne zu 100000 M 100476
2 Gewinne zu 50000 M 77128
2 Gewinne zu 5000 M 146077
2 Gewinne zu 3000 M 139216
4 Gewinne zu 1000 M 44257 221850
8 Gewinne zu 500 M 43636 49344 137940 212410
10 Gewinne zu 400 M 102213 114876 128689 152173 166841
20 Gewinne zu 300 M 159 23940 48115 63984 74633 91492 [illegible] 119217 168543 194002

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten u. [illegible]: Ernst Messerschmidt; für Volkswirtschaft, Provinz u. Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gellheim. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192102152-16/fragment/page=0003

Anti-Anti im „AA“

Reg.-Rat Sobernheim, der jüdische Gesandte bei der Reichsregierung

Die in Deutschland lebenden Juden behaupten immer, daß sie ebenso gute Deutsche seien wie Luther, Goethe, Bismarck usw. und sich von den Deutschen nur durch den Glauben unterschieden. Sie wollen als eine Religionsgemeinschaft, nicht als eine Volksgemeinschaft, eine besondere Nation gelten.

Wie das Judentum aber über sich selbst denkt, kann man deutlich erkennen, wenn man einen Blick auf das Deutsche Auswärtige Amt wirft. Dort ist eine besondere Abteilung zur Bearbeitung jüdischer Angelegenheiten eingerichtet worden, selbstverständlich erst nach der Revolution, als die jüdische Sozialdemokratie zur Herrschaft gelangt war. Würden sich die Juden, wie sie das von den Deutschen verlangen, selber auch nur als eine Religionsgemeinschaft empfinden, dann müßte diese Abteilung folgerichtig im Kultusministerium untergebracht werden. Der Umstand jedoch, daß sie sich im Auswärtigen Amt befindet, wo die politischen Angelegenheiten der Völker und Staaten bearbeitet werden, beweist zur Genüge, daß die Juden der Ueberzeugung sind, daß sie in erster Linie und in der Hauptsache eine Nation bilden wie die Deutschen, die Franzosen, die Polen, die Chinesen usw., nur verstreut über fast alle Länder der Erde, mehr noch als die Zigeuner. Da die jüdischen Staatsbürger Deutschlands für die Vertretung ihrer Interessen eine besondere Abteilung haben einrichten lassen, müssen sie also auch noch besondere Interessen haben, sonst könnten die Wenden, Masuren usw. doch ein gleiches verlangen, oder aber, wenn diese Sonderinteressen nicht vorhanden wären, würde auch die jüdische Abteilung im A. A. überflüssig sein. **Diese Abteilung ist geradezu symbolisch für die Sonderstellung, welche die Juden in Deutschland einnehmen.** Der Leiter dieser Abteilung ist ein Professor Dr. Sobernheim, sein ständiger Mitarbeiter der russische Jude Nachum Goldmann. In dieser Abteilung gehen die merkwürdigsten und bedenklichsten Leute, denen man ihre östliche und südöstliche Herkunft unschwer ansieht, aus und ein. Was der Leiter der Abteilung für eine Persönlichkeit ist und was für Dinge dort eigentlich bearbeitet werden, davon hat man in der Oeffentlichkeit bisher kaum etwas gewußt. Etwas ist dies Dunkel vor einigen Wochen durch eine Verfügung des Auswärtigen Amtes vom 12. Januar 1921 aufgehellt worden, durch welche Sobernheim zum — Regierungsrat ernannt wurde. Es heißt in der Verfügung:

„Der seit dem 22. November 1918 als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt beschäftigte Professor Dr. Sobernheim ist mit Wirkung vom 1. Dezember 1920 zum Regierungsrat im Auswärtigen Amt ernannt worden.

Der Genannte, der im 49. Lebensjahre steht, ist Referent für jüdische Angelegenheiten, zu welcher Stellung er sich nach seiner Vorbildung, seiner bisherigen Tätigkeit und seiner Kenntnisse der orientalischen Sprachen und des Orients, insbesondere Palästinas, besonders eignet. Nach Beendigung des Studiums der orientalischen Sprachen im Jahre 1890, der Erlangung der Doktorwürde im Jahre 1896, wurde er 1900 Mitglied der auf Initiative des ehemaligen deutschen Kaisers zustande gekommenen Expedition nach Baalbek. Nach wiederholten Reisen in den Orient wurde er Mitarbeiter des französischen archäologischen Instituts in Kairo, 1910 Titularprofessor und 1912 korrespondierendes Mitglied der Akademie der Geschichte in Madrid. Er hat außerdem mehrere führende Ehrenstellungen in jüdischen Vereinigungen Deutschlands inne. . . .

Nach der geschilderten Vorbildung und im Hinblick auf sein vorgeschrittenes Lebensalter würde die Nichtanrechnung eines Teiles seiner bisherigen Tätigkeit als Privatgelehrter auf sein Besoldungsdienstalter als eine Härte angesehen werden müssen.“

Damit ist geradezu dokumentarisch erwiesen, daß das Judentum eine Rassengemeinschaft, d. h. eine Nation, und nicht nur eine Glaubensgemeinschaft darstellt, sich als solche fühlt und deshalb auch als solche bezeichnet und gewertet werden muß. Es wird damit gleichzeitig zwischen die übrigen Nationen der Erde eingereiht, wogegen es sich immer so gesträubt hat, weil die in Deutschland lebenden Juden durchaus Deutsche, die in Italien lebenden Italiener und die in Aegypten lebenden Aegypter sein wollen (bis die „Italiener“ nach England auswandern und dann mit einemmal „Briten“ geworden sind!). Aus der Verfügung geht aber auch hervor, daß Sobernheim nicht nur die deutsch-jüdischen, sondern die gesamt-jüdischen Angelegenheiten bearbeitet, also gleichsam der Abgesandte und bevollmächtigte Vertreter des Weltjudentums bei der Regierung des Deutschen Reiches ist. Um es für viele blinde Deutsche noch deutlicher zu machen, daß das Judentum eine wirkliche Nation (unter anderen Nationen), keine Konfession ist, hätte man Sobernheim eigentlich gleich zum Gesandten oder Botschafter ernennen sollen. Bei dieser Sachlage ist es aber unlogisch, daß Sobernheim von der deutschen Regierung, nicht von Alljuda, besoldet wird, was bei diplomatischen Vertretern nicht üblich ist. Von Interesse ist auch der Werdegang des jüdischen Gesandten. Er ist durchaus international, Mitarbeiter französischer und spanischer Institute, in Deutschland nur durch „führende Ehrenstellen in jüdischen Vereinigungen“ ausgezeichnet. In das A. A. ist er fast unmittelbar nach der Revolution eingetreten, wieder einmal ein schöner Beweis für den Geist, aus dem der Umsturz geboren wurde.

Wenn man gegen das Referat Sobernheims für die gesamtjüdischen Angelegenheiten auch nichts (mit Ausnahme der Bezahlung) einzuwenden braucht, so muß dagegen der schärfste Einspruch erhoben werden, daß von dieser Abteilung des A. A. aus die sogenannte „antisemitische“, besser: die deutschvölkische Bewegung überwacht wird, und nicht nur überwacht, sondern sogar verfolgt wird. Leider haben wir noch immer Regierungen im Reiche und in Preußen, die unter der Botmäßigkeit des Judentums stehen und deshalb dem Herrn Sobernheim Handlangerdienste leisten. Mit Hilfe deutschpreußischer Behörden wird von hier aus nicht nur umfangreiche [illegible] getrieben, sondern sogar die Staatsanwaltschaft muß gegen die Propaganda deutschvölkischer Vereinigungen einschreiten, wenn Sobernheim den Wink dazu erteilt. Das ist ein ganz unerträglicher Zustand, der eine Ausnahmebehandlung der deutschvölkischen Bewegung schafft. Das Judentum darf gegen alle Kreise und Bestrebungen im deutschen Volke agitatorisch ankämpfen, wie es nur will, das Judentum zu **bekämpfen** ist dagegen von vornherein verboten. Auch hierin zeigt sich wieder, daß das Judentum in Deutschland eine bevorrechtigte Stellung einnimmt, die deutschvölkische Bewegung dagegen als eine Vereinigung minderen Rechtes abgestempelt wird. Dieser Zustand kann naturgemäß nur solange anhalten, wie die Herrschaft der jüdisch geleiteten Sozialdemokratie dauert. Am 20. Februar kommt eine Gelegenheit, diese Herrschaft zu beseitigen. Von den verjudeten Demokraten ist in dieser Beziehung nichts zu erwarten, von der Deutschen Volkspartei aber auch nicht, weil sie ausdrücklich abgelehnt hat, die Sozialdemokratie zurückzudrängen, vielmehr darauf hinarbeitet, diese auch in der neuen preußischen Regierung zu beteiligen. Hilfe kann allein von der Deutschnationalen Volkspartei kommen, die ein klares deutschvölkisches, antijüdisches Programm hat, und die den jüdisch-sozialistischen Geist vernichten will, um die verirrten und betörten Arbeiter, unsere deutschen Brüder und Schwestern, aus den Klauen des Klassenkampfes und dem Wahn der „Internationalen Solidarität des Proletariats“ eine wahrhafte deutsche Volksgemeinschaft zu schaffen. Darum, willst du, daß Gleichberechtigung wieder in deutschen Landen walten und die unerträgliche jüdische Vorherrschaft beseitigt werde, dann gibt es für Dich nur eine Parole für den 20. Februar:

Wähle deutschnational!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192102152-16/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 16. Februar.

Haus- und Grundbesitzerverein

Generalversammlung.

Gestern abend hielt der Haus- und Grundbesitzer-Verein im „Mars-la-Tour" seine Jahres-Generalversammlung ab, die sehr gut besucht war. Der Geschäftsführer Herr Blumentritt erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes im verflossenen Geschäftsjahr 1920, dem wir folgendes entnehmen:

Das erste Friedensjahr hat uns arg enttäuscht. Statt der erhofften Besserung in der Lage des Hausbesitzes, ist eine Verschlechterung eingetreten, hauptsächlich durch die den Hausbesitz knebelnden Verordnungen und Steuergesetze und durch die allgemein noch im Wachsen begriffenen Teuerungsverhältnisse. Am einschneidendsten ist die leider noch immer bestehende Preußische Höchstmieten-Verordnung. Obwohl durch verschiedene richterliche Entscheidungen einwandfrei festgestellt ist, daß ihr jede rechtliche Grundlage fehlt, daß sie mit dem bestehenden Rechte nicht vereinbar und daher rechtsungültig ist, sollte man erwarten, daß sie schleunigst aufgehoben wird. Das neue Reichsmieten-Gesetz ist zwar noch nicht zur Beratung gekommen, doch wird es dem Reichstage wieder vorgesetzt werden. Auch die Gemeinden in ihrer Finanznot suchen nach Steuern, welche den Grundbesitz noch mehr belasten.

Die Wohnungsnot hat sich vergrößert. Dies liegt lediglich an der Regierung, welche den Hausbesitz auf alle Art knebelt. Besser würde es werden, wenn sich die freie Konkurrenz entfalten könnte, denn nur so ist es möglich, Wohnungen zu schaffen. Neben dem Mietseinigungsamt ist das Wohnungsamt bei Mietern und Vermietern eines der unbeliebtesten Institute, welches in der rücksichtslosesten und mitunter nicht einwandfreiesten Weise vorgeht. Unsere Spruchkammern sind noch nicht dazu gekommen, einheitliche Entscheidungen zu fällen. Wir haben wiederholt Bittgesuche an das M.E.A. gerichtet, doch die Mietzuschläge auf eine angemessene Höhe zu bringen. Leider haben wir keine oder sehr ungenügende Antworten bekommen. Wir erlauben uns, nachstehende Entschließung zur Annahme zu empfehlen:

„Das M. E. A. läßt bis jetzt Mietzuschläge von 30 Prozent zur Friedensmiete von 1914 für Wohnungen und 40 Prozent für gewerbliche Räume zu. Dieser Zuschlag ist durchaus ungenügend. Es können davon nur die öffentlichen Lasten als Grundsteuer, Kanalbenutzungsgebühr, Schornsteinfegergebühren, Abfuhr von Asche und Kloake usw. gedeckt werden. An Dach-, und Fassade-Reparaturen kann nicht gedacht werden.

Für laufende Verträge müßte eine Aenderung dergestalt zugelassen werden, daß wenigstens die öffentlichen Lasten mit von den Mietern getragen werden. Die Notlage der Hausbesitzer von Halle ist derart gewachsen, daß eine große Zahl vor dem Zusammenbruche steht. Wir erwarten vom M. E. A. sich auf einen einigermaßen gerechten Standpunkt zu stellen und nach billigem Ermessen den gerechten Forderungen der Hausbesitzer entgegenzukommen. Vom Magistrat erwarten wir, daß er bei den führenden Kreisen des M. E. A. seinen Einfluß in dieser Hinsicht geltend macht und unsere dahingehenden Anträge unterstützt."

Wir bekämpfen die preußische Höchstmieten-Verordnung. Wir wollen, daß die berechtigten Interessen der Mieter geachtet werden, wir wollen aber nicht, daß uns ohne jede wirtschaftliche Notwendigkeit Mieten vorgeschrieben werden, mit denen wir wirtschaftlich nicht bestehen können und durch die wir gezwungen werden, unsere Häuser verfallen zu lassen. Wir bekämpfen im Reichsmietengesetz die Einführung von Mieteräten, weil dadurch neuer Zwist in die Reihen der Mieter und Vermieter hineingetragen würde. Wir wollen mit unseren Mietern in Frieden und Eintracht leben, und lehnen deshalb die bolschewistischen Lehren und Errungenschaften ab. Wir bekämpfen die Sozialisierungspläne der Mietervereine, weil sie dem Hausbesitzer durch Gewalt Recht und Eigentum nehmen, den Mietern keine Vorteile bringen können und der Gesamtwirtschaft einen unberechenbaren Schaden zufügen. Die bloße Ueberzahl und politische Macht dürfen nicht dazu benutzt werden, einzelnen Herren persönliche Vorteile durch gut dotierte Stellungen zu verschaffen. Wir bekämpfen das heutige Unrecht, nachdem dem Hausbesitzer jederzeit neue Lasten auferlegt werden, ohne daß ihm eine Verteilung auf sämtliche Bewohner des Grundstückes möglich ist.

Im Laufe des verflossenen Geschäftsjahres wurden 6 Mitgliederversammlungen einschließlich zweier großer Protestversammlungen abgehalten. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 3544 Mitglieder. Die Kassenverhältnisse haben sich, obwohl die Geschäftsstelle vermehrte Einnahmen gehabt hat, insofern ungünstig gestaltet, als wir mit einem Defizit von 20 754,53 M. ins neue Jahr eintraten. Da auch der Voranschlag für das neue Jahr eine erhebliche Erhöhung der Ausgabezahlen aufweist, müssen wir an die Generalversammlung mit einer weiteren Erhöhung der Mitgliederbeiträge herantreten.

Auf Antrag der Revisoren wurde dem Vorstand und dem Geschäftsführer Entlastung erteilt. Nachdem Maurermeister Friedrich noch einige Wünsche zum Geschäftsbericht äußerte, wurde die Erhöhung des Vereinsbeitrages einstimmig auf 20 M. beschlossen. Das ausscheidende Vorstandsmitglied Stadtverordneter Weschke sowie die vier ausscheidenden Mitglieder des Ausschusses wurden einstimmig wiedergewählt, ebenso die Revisoren. Neu in den Ausschuß wurden gewählt Herr Wetzel und als ergänzendes Mitglied Herr Maurermeister Friedrich.

Hierauf sprach Herr Justizrat Herzfeld über das bereits in Kraft getretene Gesetz über Förderung der Wohnungsbauten und über den neuen Entwurf des Reichsmietengesetzes. Bei dem ersteren Gesetz erläuterte Redner insbesondere die Deckungsfrage und wem die Kosten, die sich auf 30 M. pro Kopf belaufen, auferlegt werden. Wird diese Steuer den Nutzungsberechtigten der Wohnung auferlegt, so mag die Steuer als gerecht erscheinen, anders ist es aber, wenn der Betrag von 30 M. durch Zuschläge auf die Grundgebäudesteuer erhoben werden soll. Hier liegt eine Gefahr für den Hausbesitz. Wichtiger und einschneidender für den Hausbesitzer ist der Entwurf zum Reichsmietengesetz in seiner neuen Fassung. Redner erläuterte die einzelnen Bestimmungen, wobei er all die Schäden und Ungerechtigkeiten bei Festsetzung und Erhöhung der Mieten bei Reparaturen ganz besonders hervorhob. Der neue Entwurf legt dem Hausbesitzer neue Fesseln an, ihm wird das Selbstbestimmungsrecht durch die beabsichtigte Gründung einer Mietsvertretung (Betriebsrat) genommen. Den Mietern geht der Entwurf noch nicht weit genug, sie berufen Protestversammlungen in Berlin ein und verlangen die völlige Sozialisierung des Hausbesitzes. Obwohl der Entwurf noch nicht Gesetz geworden ist, muß der gesamte Hausbesitzerstand einmütig zusammenstehen in der Abwehr solcher, den Hausbesitzer schädigenden Fragen.

Mit diesem Vortrage fand die Versammlung ihr Ende.

Ein entdeckter Mordplan in Halle

Aug. Abel sollte auf Veranlassung von jüdisch-kommunistischer Seite nach einer deutschnationalen Versammlung in Halle erstochen werden.

Der Mörder sollte 3000 Mk. Belohnung erhalten und fluchtartig nach Rußland geschafft werden.

Die Ruge-Versammlung wurde auf jüdische Veranlassung gestört. Die gedungenen Ruhestörer haben je Person 100 Mk. Belohnung vom „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (Ortsgruppe Halle) erhalten.

Der Mordanschlag im letzten Augenblick vereitelt.

Daß die Wählerversammlungen der Deutschnationalen Volkspartei Halle vom 3. Juni v. J. (Vortrag Ruge) und vom 5. Juni, in welcher der Referent, Schriftleiter August Abel, sogar tätlich angegriffen wurde durch Radau und Ausschreitungen gestört worden sind, dessen dürften sich unsere Leser noch erinnern. Weiten Kreisen dürfte es indessen bisher noch unbekannt sein, auf wessen Veranlassung diese Störungen der Versammlungen erfolgt sind. Wir sind in der Lage, hierüber einwandfreies Material zu veröffentlichen, das sich stützt auf die protokollierten Aussagen eines Zeugen, die dieser einem Oberwachtmeister der hiesigen Schutzpolizei gemacht hat.

Am 3. Juni hatte der inzwischen verstorbene Stadtverordnete und Parteisekretär der U.S.P. Hildebrandt einen gewissen Woskyn, Wallstraße 6 wohnhaft, veranlaßt, mehreren Leuten in der Gastwirtschaft „Salzquelle" (Graseweg) Pfeifen und Kindertrompeten auszuhändigen, um den Ruge-Vortrag zu stören. Jedem der bestellten Radaumacher wurden 100 Mark versprochen. Das Geld ist auch von der Ortsgruppe Halle des

„Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens"
(Vors. Rechtsanwalt Dr. Albert Müller-Halle)

gezahlt worden. An der Störung der Ruge-Versammlung haben sich folgende Personen beteiligt: Gebr. Hermann und Felix Felixbrodt, Gebr. Samuel, Gebr. Lichtenstein, Rosenthal, Woskyn und vor allem auch der Kommunist W. Schmidt, Führer der Kampforganisation, Abschnitt Süd, die unter dem Decknamen „Sportverein Wanderklub" seinerzeit etwa 80 Kommunisten umfaßte. Schmidt ist derselbe, der am 1. Februar d. J. von der hiesigen Strafkammer wegen Teilnahme an der Waffenverschiebung auf dem Osterburgschen Kohlenauto zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist.

Als August Abel am 5. Juni sprach, wurden dieselben Vorbereitungen getroffen. Daß auch in diesem Falle die Radaumacher bezahlt wurden, hat nicht nur der sogleich in einem anderen Zusammenhange zu nennende Zeuge Zabel, sondern auch der Kaufmann Friedmann (Marienstraße 24), einem Oberwachtmeister der Schutzpolizei bestätigt. Für die Abel-Versammlung waren jedoch nicht nur Störungen vorgesehen, sondern nach dem Plane der vorgenannten Herren

sollte August Abel erstochen werden,

Der bereits erwähnte Kommunist W. Schmidt war gedungen worden, gegen eine „Belohnung" von 3000 Mark und gegen Beihilfe zur Flucht im Auto nach Berlin bzw. nach Rußland, Abel durch hinterlistigen Ueberfall zu erstechen. Die Tat ist durch das Eingreifen von verschiedenen Versammlungsbesuchern und letzten Endes auch an der Feigheit eines gewissen Zabel, der die ihm aufgetragene Mordtat nicht begehen wollte, gescheitert.

Die Angelegenheit wird demnächst die Gerichte beschäftigen und hoffentlich hier eine restlose Klärung bzw. Sühne finden. Der Kaufmann Sch. war am 9. Dezember v. J. in der Straßenbahn von dem Kaufmann Hermann Felixbrodt, der sich nebst seinem Bruder an den Störungen der Ruge- und Abel-Versammlungen beteiligt hatte, ohne Grund beschimpft, tätlich angegriffen und verletzt worden, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Herr Sch. stellte hierauf am 13. Dezember bei der Staatsanwaltschaft gegen Felixbrodt Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung in Verbindung mit vorsätzlicher, gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung. Herrn Sch. ist nunmehr unterm 27. Januar vom Ersten Amtsanwalt der Bescheid geworden, daß nach Lage der Sache ein diesseitiges strafberechtigtes Einschreiten im öffentlichen Interesse nicht geboten erscheint und ihm die Erhebung der Privatklage überlassen werden müsse. Daraufhin hat Herr Sch. die ganze Sache dem Oberstaatsanwalt übergeben mit dem Ersuchen, die Anzeige einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen. Gleichzeitig ist dem Oberstaatsanwalt als Beweis dafür, daß die Verfolgung der Angelegenheit im öffentlichen Interesse liegt, das gesamte eingangs angeführte Material zur Verfügung gestellt, sowie mehrere Zeugen namhaft gemacht worden. ‡‡

Umstellung des mitteldeutschen Eisenbahnverkehrs

Halle und Leipzig — zwei Rivalen

Einschneidende Veränderungen im mitteldeutschen Eisenbahnverkehr, unter denen die Abdrosselung des Halleschen Durchgangsverkehrs unsere Stadt am schwersten trifft, gaben den „Verein Hallesche Presse" Veranlassung, in seiner letzten Sitzung zu diesem Problem Stellung zu nehmen. — Wir treten daher heute mit nachstehenden Ausführungen an die Oeffentlichkeit und verweisen gleichzeitig auf die entsprechenden Darstellungen im volkswirtschaftlichen Teil unserer heutigen Ausgabe.

Halle, wach auf! Deine blühende, jahrhundertelange Entwicklung ist in Gefahr, zum Stillstand zu kommen. Du Stadt der fünf Türme, Mittelpunkt einer der wichtigsten Provinzen Preußens, die mitten im heute allerdings blutroten Herzen Deutschlands liegt, stehst im Begriff, zu einer Mittelstadt herabgedrückt zu werden. Es scheint, als ob sich das große Gesetz, das sich im Gang jeder Entwicklung wie im ganzen Naturgeschehen bemerkbar macht, das große Auf und Ab, vergleichbar mit Pendelschwingungen, auch an unserer Stadt bewahrheitet, als ob Halles Entwicklung zurückschwingt, um einen Tiefstand zu erreichen zu Gunsten einer anderen, unweiten Großstadt — Leipzig.

Bereits jahrelang geht der Ruf nach mehr Berücksichtigung, nach mehr Geltung im mitteldeutschen kulturellen Leben durch die Leipziger Presse. Halles Bürger aber hatten keine Ohren, zu hören. Man nahm es als selbstverständlich hin, daß Leipzig, kaum mehr als dreißig Kilometer von uns entfernt, von Preußen arg vernachlässigt wurde. Dieser Gedanke schützte uns vor der Furcht der Ueberflügelung durch Sachsens Hauptstadt, aber nur bis heute. Durch die Verhältnisse der Nachkriegszeit wurde jedoch die Frage des Wettstreites zwischen den beiden Städten wieder brennend. Umstände sollten nun maßgebend sein, die an sich früher unbedeutend, heute im Verkehrsleben eine große Rolle spielen.

Betrachtet man im einzelnen solche heute bestimmend wirkende Faktoren, so fallen besonders die verschiedenen Wohnungsverhältnisse in den beiden Städten ins Gewicht. Wir wissen wohl, wie groß die Not in dieser Beziehung bei uns ist. Wird ein Beamter, dessen Stellung nicht gerade unwichtig ist, sei es z. B. zur Post- oder Eisenbahndirektion nach Halle versetzt, kann er jahrelang auf ein häusliches Unterkommen warten. Wer mag es da jemandem verübeln, wenn er sich nicht gerade dazu drängt, in die Saalestadt zu ziehen! In Leipzig wird einfach eine Wohnung beschafft, kraft städtischer Energie. Aehnlich liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete des Hotelwesens. Uns in Halle fehlt zweifellos die Hotelgesellschaft, die großzügig und weitblickend einen Betrieb führt, der dem Reiseverkehr äußerst förderlich sein würde. Man kann absehen von sonstigen Genüssen, die eine Großstadt dem Reisenden nach des Tages Arbeit dienen kann, wenn sie auch vielleicht in manchem ausschlaggebender sein dürften, als man gewöhnlich annimmt. Leipzig ist vielleicht auch herin voran.

Das wichtigste im Vergleich zwischen Halles und Leipzigs Verkehrsbedeutung ist natürlich Halles Aufgabe als Eisenbahnknotenpunkt. Halle besaß einst den größten Durchgangsbahnhof, besitzt — aber kann man schon sagen besaß — eine Eisenbahndirektion neben der Oberpostdirektion. Leipzig wurde Handelsmetropole, hauptsächlich auf Grund seiner Messen, und baute sich den künstlerisch zweifellos schönsten gegenwärtigen deutschen Bahnhof, jedoch — als Kopfbahnhof verkehrstechnisch bedeutet eine derartige Anlage unter Ausschaltung des direkten Durchgangsverkehrs immer einen Nachteil. Doch man gab sich und gibt sich „drüben" alle Mühe, diese Schwierigkeiten auf ein Minimum herabzusetzen. Ständig steht eine D-Zug-Maschine hilfs- und fahrbereit. Ein Tunnel wurde unter großen finanziellen Opfern nachträglich gebaut und so bedeutende Verkehrserleichterungen geschaffen. Man wurde dem Eisenbahnfiskus gegenüber seitens der Stadt zuvorkommend bis zum Aeußersten und — hatte damit Erfolg. Wir werden es im nächsten Sommer erleben, daß ein großer Teil der D-Züge von Berlin nach dem Südwesten und Westen nicht mehr, wie bisher über Halle, sondern über Leipzig geleitet wird. Sowohl der D-Zug Breslau-Köln, als auch teilweise die Züge Berlin-Frankfurt und Berlin-München werden Halle nicht mehr berühren.

Die Tragweite dieser einschneidenden Umstellung des mitteldeutschen Eisenbahnverkehrs ist heute kaum zu übersehen. Fragt man nach den Gründen dieser für uns äußerst unerfreulichen Maßnahmen, so kommt vor allem die Propaganda in Frage, die seitens der Stadt Leipzig mit allen Mitteln einsetzte. Dann aber auch — Leuna. Durch die Anlage dieses gewaltigen Werkes verbaute sich Halle vollständig den Weg nach Süden und Westen. Denn dieses Bollwerk versperrt die Strecken Halle—Erfurt—Bebra—Frankfurt, sowie die Saalbahn Halle—Jena—Nürnberg—München. Die durch den täglich notwendigen Zustrom der Arbeiter erforderlichen zahreichen Arbeiterzüge verstopfen diese Strecke für viele Stunden des Tages.

Hand in Hand mit den Bestrebungen, den Fahrplan der preußischen Bahnen zu Leipzigs Gunsten umzuändern, gehen die Anstrengungen, die unsere Nachbarstadt macht, um die Eisenbahndirektion in ihre Mauern zu bekommen und Halle zum Sitz einer Betriebsdirektion herabzudrücken. Deren Beamten wird zweifellos eine Uebersiedlung nach Leipzig nicht unwillkommen sein, da ihnen Leipzig, wie oben erwähnt, mehr bietet als Halle.

Nun soll auch der neugegründete mitteldeutsche Wirtschaftsbund seinen Sitz nicht in Halle, wohin er der ganzen wirtschaftlichen Lage nach gehört, kommen, sondern nach Leipzig gelegt werden. Stimmen aus Thüringen, besonders auch aus Erfurt, einer Stadt, die sich ihres Erfolges, ein neues Postscheckamt zu beherbergen, freuen kann, fordern dringend Halle als Sitz dieses Wirtschaftsbundes. Aber Halle hat sich seine Aussichten darauf verscherzt, läßt sich eine Verkehrsmöglichkeit nach der anderen nehmen und muß nun die Folgen davon tragen.

Können wir daran noch etwas ändern? — Fast sieht es nicht so aus. Das darf aber niemanden abhalten, weder den, der an verantwortlicher Stelle sitzt, noch jeden Halleschen Bürger, der auf seine Vaterstadt etwas hält, mit allen Mitteln zu versuchen, den drohenden wirtschaftlichen Niedergang aufzuhalten. Schlimm würden die Zeiten für tausende betriebsame Bürger werden, wenn das eintritt, was hier bloß angedeutet wurde. Darum: Rettet, was zu retten ist! H—s.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192102152-16/fragment/page=0005

Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei

Vortrag Rittmeister Jürgen von Ramin.

Die äußerst zahlreich besuchte gestrige Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei im großen Saale der Saalschloßbrauerei wurde durch Kreisschulrat Busse mit dem Hinweis eröffnet, daß es am 20. Februar gilt, dem erfreulichen Gesundungsprozeß unseres Volkes eine entschiedene Wendung zu geben, und daß der Redner des Abends, Herr Rittmeister Jürgen von Ramin, Mittel und Wege dazu zeigen wird.

Unter lebhaftem Beifall ergriff sodann Rittmeister Jürgen von Ramin das Wort und führte etwa folgendes aus:

Nur aus dem Grunde, nicht im Kampfe unterzugehen, fühle ich mich veranlaßt, hier das Wort zu ergreifen. Wohl sagte einst Schiller, der „Erzreaktionär“:

Mehrheit ist Unsinn,
Vernunft ist stets bei Wenigen nur gewesen.

Die Deutschnationale Volkspartei ist zwar die Partei, die den Grundsatz, nur durch die Mehrheit zu wirken, berücksichtigt, aber die wahre Tat kann nur aus Einem herausgeboren werden, aus einer Persönlichkeit. Wohl schufen sich z. B. die Franzosen ein Lied, das ihrem Nationalcharakter entspricht, das da beginnt: ... der Tag des Ruhmes ist gekommen. Der Tag wurde jedoch erst zur Wirklichkeit, als eine Persönlichkeit in den Vordergrund trat, die für die „Glorie“ sorgte: Napoleon. Er ging ins Parlament und rief: „Grenadiere, schmeißt die Advokaten raus!“ — Wenn ich das miterlebt hätte, würde ich laut Beifall geklatscht haben. Und viele andere auch. (Lebhafter Beifall!) Des Deutschen Sehnsucht ist nicht derartiger Ruhm, sondern das, was er meint, wenn er singt:

... wenn es stets zu Schutz und Trutze
Brüderlich zusammensteht.

Heute hat man eine schlotternde Angst vor Persönlichkeiten. Wie es heute bei uns aussieht, zeigen am besten ein paar Beispiele aus der Praxis. Internationale und Völkerbund, sowie die Verhältnisse im polnischen Korridor sehen in Wirklichkeit ganz anders aus, als auf dem Papier. Ueberall, wo Deutsche in Staatsgrenzen mit Fremdvölkern zusammenleben, sind die Fremdvölker Herr. Es gibt ja Leute, denen macht das nichts aus. Heute noch glaubt man an „Verbrüderung“! Man wartet auf die Hilfe — von außen! Dabei haben wir uns selbst als die Kriegsanstifter bezeichnet, trotz Suchomlinow vorkriegszeitlicher Truppentransporte und Eduards Expansionspolitik, anstatt auf unsere Art beizutragen zur Menschheitsentwicklung. Der Deutsche soll hierbei Deutsches geben, nicht irgend einen unklaren Brei, sondern seine Eigenart. Wenn wir das nicht tun, sind wir nicht wert, zu leben. (Anhaltender Beifall.) Die Entwicklung verlangt Früchte von uns. Das Naturgeschehen geht ehern, da gibt es kein Gewinsel — nur Tatsachen. Denn ein fauler Baum wird abgehauen und ins Feuer geworfen, so sagte einst ein heute „Unzeitgemäßer“.

Nichtswürdig haben wir uns gemacht, denn wir gaben unsere Ehre hin. 4900 Frauen und Mädchen sind bis vor einem halben Jahr im besetzten Gebiete spurlos verschwunden. Unsere gefallenen Helden stempeln wir noch nachträglich zu Sklaven. Es gibt nur einen Weg, auf dem wir der Menschheitsentwicklung dienen können, und der ist national und völkisch. Auch die Russen, in deren Land die Freiheit dämmern soll, haben es nicht verstanden, sich den Feinden auszuliefern. Ein englisches Schiff ist jüngst aus Odessa ausgefahren, weil man das Jammern der Frauen und Mädchen nicht mehr hören könnte, an dem die chinesischen Bataillone der roten Armee Schuld hatten.

Man weiß nicht mehr, daß die Freiheit als ein köstliches Gut erarbeitet werden muß. Niemanden kann man freier machen, als er innerlich ist. Bismarck und Goethe waren es. Letzterer sagte auch: Genie ist Arbeit. Dahin kommen wir durch Schulung und Führung, durch die Besten, die unser Volk herausbringen kann. Aber heute —' stimmen wir einfach ab. Wir brauchen keine großen Männern und deshalb — haben wir keine mehr. Bei den Wahlen konnte man das Alter der Wähler berücksichtigen, etwa, daß man mit 20 Jahren 1 Stimme abgibt, mit 40 Jahren 2 Stimmen, mit 60 Jahren 3 Stimmen. Wir brauchen die Wahl von unten durch ein möglichst urteilsfähiges Volk, aber auch die Wahl von oben durch den Einfluß der führenden Persönlichkeiten.

Die Volksherrschaft im Westen hat sich durch den Krieg überholt: dort herrschte Clemenceau, im Osten die Diktatur der Kommissare. Dagegen wünschen wir uns ein System, das sich auf die ganze Blüte des Volkes, den geistigen Adel, konzentriert. Wohl wissen wir, daß dies Ideal nie erreicht wird. Wir wissen aber auch, daß das jetzige Regierungssystem das denkbar unvollkommenste ist. (Lauter Beifall!)

Der Redner kam sodann auf einige wirtschaftliche Fragen zu sprechen, u. a. auf den zweifelhaften Wert der Börsen und des Leihkapitals. Er schloß mit dem Bemerken, daß wir wegen einiger Fehler der Kirche die Religion nicht entbehren können. In jedem Streben sollen Ewigkeitswerte liegen, ein Hoffen auf kommende Vollendung. Ob wir siegen oder sterben, leben, oder ob man uns umbringt, wenn wir nur auf dem rechten Wege sind, der da heißt: national, sozial, religiös.

Nicht endenwollender Beifall dankte dem Redner für seine Ausführungen, die besonders wirkungsvoll waren, da sie in völlig freier Rede vorgetragen wurden. △

Die Nahrungsmittelversorgung in Halle

— **Die Abgabe von Nährmitteln an Kranke, Kinder usw.** findet von jetzt ab in den durch Plakate gekennzeichneten Geschäften statt. Die bisher auf die städtische Verkaufsstelle in der Talamtschule ausgestellten Scheine werden ebenfalls in den bezeichneten Geschäften beliefert.

— **Ausgabe von Mehl aus Auslandsweizen.** In der Zeit vom 16. bis 28 Februar, werden in den Mehlverkaufsläden (Bäckereien, Konsumvereinen, Mehlkleinhandelsstellen) auf Nr. 585 des Warenbezugsscheins 33 1000 Gramm zu 75 Proz. ausgemahlenes Weizenmehl verabfolgt. Der Preis für 100 Gramm beträgt 1,04 Mark. Die Abgabe des Mehles für Anstalten usw. erfolgt auf Grund im Kriegsbrotausschußbureau ausgestellter Bezugsscheine. Die Verkaufsstellen haben die gesammelten Warenbezugsmarken und Bezugsscheine bis zum 4. März an die Brotmarkenannahmestelle (Roter Turm) abzuliefern.

Theater, Konzerte, Vorträge

— **Stadttheater.** Heute, Dienstag, abends 7½ Uhr wird die Oper „Tiefland“ von Eugen d'Albert wiederholt. Mittwoch „Glaube und Heimat“, Donnerstag „Der Corregidor“, Freitag „Pension Schöller“. In dem am Sonnabend stattfindenden Sinfonie-Konzert kommen zwei Neuheiten zum Vortrag, und zwar: Konzert für Klavier und Orchester C-Moll, op. 18 von Rachmaninow und Sinfonie C-Dur, op. 22 von Ewald Strässer. Sonntag nachmittag 3 Uhr geht als Volksvorstellung bei kleinen Preisen die Komödie „Harry“ von Theodor Tagger in Szene. Sonntag abend gelangt die Operette „Wenn Liebe erwacht“ von Eduard Künneke zur Erstaufführung. Montag „Die Gezeichneten“, Leitung: Professor Franz Schreker, Tamare: Dr. Emil Schipper vom Staatstheater in München als Gast.

— **Freie Volksbühne Halle.** 8. Werk („Lokalbahn, Erster Klasse“). Spieltage: F Dienstag, den 15., G Donnerstag, den 17., J Sonnabend, den 19., J Montag, den 21., K Mittwoch, den 23., L Freitag, den 25. Februar.

— **Senff-Georgi**, der beliebte Vortragskünstler und Humorist, veranstaltet morgen, Mittwoch, im „Thaliasaal“ seinen zweiten und letzten dieswinterlichen „Lustigen Abend“. Karten bei Heinrich Hothan.

— **Ellen Andersson**, die hier bestens eingeführte dänische Pianistin, gibt am 22. Februar im Logensaale, Albrechtstraße, einen Klavierabend. Karten bei Heinrich Hothan.

— **Zoologischer Garten.** Vielfachen Wünschen entsprechend findet morgen, Mittwoch, von 4 Uhr nachmittags ab ein großes Kinderkostümfest unter Leitung des Herrn Max Mühle statt. Es sind vorgesehen: Vorstellungen auf dem Marionetten-Theater, Musik- und Gesangsvorträge, Kunsttänze der Geschwister Werner, turnerische Leistungen (Pyramiden), ferner noch nie dagewesene Vorführungen von Karawanen und Tierreigen. Die Zwischenpausen werden durch Scherze der Possenreißer und Musik von zwei Kapellen ausgefüllt. Den Schluß bildet ein großer Kinderball. Jung und Alt sind zu dieser Veranstaltung wärmstens eingeladen. (Siehe Anzeige.)

— **Provinzialmuseum.** Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr: Museumsabend „Wissenschaft, Religion und Weltbild in der Vorzeit“. Eintritt frei.

— **Akademische Nachrichten.** Von der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin sind in gleicher Eigenschaft versetzt worden: der Bibliothekar Dr. Josef Becker nach Göttingen und der Hilfsbibliothekar Dr. Max Zobel von Zabeltitz nach Halle.

— **Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge.** Die immer mehr Anerkennung findende Tätigkeit des Volksbundes hat den Kreiskriegerverband des Saal- und Stadtkreises Halle veranlaßt, den ihm angeschlossenen etwa 100 Kriegervereinen den Beitritt zum Bunde anzuempfehlen. Vertrauensmann des Bezirks ist der Kaufmann Paul Heydenreich sen. in Nietleben, der bereits vor Monaten und mit großem Erfolg eine Ortsgruppe des Bundes ins Leben gerufen und sich bereit erklärt hat, Anträge und Wünsche von jedermann, auch außerhalb des obengenannten Bezirks, entgegenzunehmen, soweit sich solche Wünsche auf Auffindung, Schmückung und Pflege von im Feindesland befindlichen deutschen Kriegergräbern beziehen. Die Anfragenden brauchen daher nicht Mitglieder vorgenannten Verbandes zu sein und können wohnen, wo sie wollen.

— **Die Generalversammlung des Landw. Bauernvereins des Saalkreises** findet am Donnerstag, den 3 März, vormittags 10½ Uhr im „St. Nikolaus“ statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Vorträge von Prof. Dr. Hollrung und Landgerichtsdirektor a. D. Panse.

— **Auf eigenartige Weise ums Leben gekommen.** Als gestern nachmittag ein 15 Jahre alter Arbeitsbursche in einem Lagerkeller in der Grünstraße mit dem Ausschöpfen eines Fußbodenwachsölbottichs beschäftigt war, wurde er von Krämpfen befallen. Hierbei ist er im Bottich ertrunken.

Heute abend 8 Uhr spricht im „Neumarkt-schützenhaus“
Oberstleutnant von Feldmann
über:
„Ich bin ein Preuße, will ein Preuße sein“.

— **Straßenraub.** Gestern nachmittag wurde einer Kaufmannsehefrau aus Dölau in der Nähe der Brandberge von einem unbekannten Manne die Handtasche gewaltsam entrissen. Auf der Flucht nahm er das Geld, 80 Mark, aus der Börse und warf diese von sich.

Vereins-Nachrichten

— **Der Naturwissenschaftliche Verein für Sachsen und Thüringen** hält seine nächste Sitzung am Donnerstag, den 17. Februar, abends 8½ Uhr im Hörsaal des Zoologischen Instituts am Domplatz mit Vorweisungen ab. Gäste willkommen.

Provinz Sachsen

Sitzung der landwirtschaftlichen Kreisvertretung und der Kreisbauernschaft des Kreises Liebenwerda

Liebenwerda, 11. Februar.

Vor einigen Tagen fand hier eine Sitzung der landwirtschaftlichen Kreisvertretung und der Kreisbauernschaft des Kreises Liebenwerda statt, die überaus stark besucht war. Da durch die Bekanntmachung des Kreisausschusses eine Wiedereinführung der Zwangsbewirtschaftung von Milch in Aussicht gestellt war, wurde eine entsprechende Entschließung einstimmig angenommen. Sie lautet: „Eine nach vielen Hunderten zählende gemeinsame Versammlung der Landwirtschaftlichen Kreisvertretung und der Kreisbauernschaft bittet die Landwirtschaftskammer bzw. den Landbund der Provinz Sachsen, für den Abbau der Zwangswirtschaft von Milch- und Molkereierzeugnissen einzutreten mit dem Endziel einer völligen Aufhebung derselben, sobald der in der bestehenden gesetzlichen Anordnung festgelegte Notbedarf der Bevölkerung an Milch sichergestellt ist.“

Als folgenden Punkt wurde über den gegenwärtigen Stand der Viehabgabe an den Feindbund Bericht erstattet. Darauf nahm die Versammlung Stellung zu den Wahlen zur Landwirtschaftskammer und zu den Siedlungsfragen des Kreises. Auch zu der letzten Frage wurde eine Entschließung gefaßt, die an den preußischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten gerichtet wurde und folgenden Wortlaut hat: „Die Besiedlung des Schradens, von der landwirtschaftlichen Kreisvertretung des Kreises Liebenwerda 1913 angeregt, und in ihrer großen Bedeutung für den ganzen Kreis wie in ihrer praktischen Durchführbarkeit schon damals ausführlich darg'legt, ist trotz wiederholter Eingaben immer noch nicht in die Wege geleitet, offenbar deshalb, weil der Forstfiskus sich bisher ablehnend verhalten hat. Die heute in Liebenwerda nach vielen Hunderten zählende gemeinsame Versammlung der landwirtschaftlichen Kreisvertretung und der Kreisbauernschaft gibt seiner Entrüstung darüber Ausdruck und erwartet, daß unsere für unsere Volkswirtschaft wie für die politische Lage im Kreise gleich wichtige Frage nun endlich ihrer Lösung entgegengeführt wird.“

Schließlich wurde noch ein Ausschuß gebildet, der die Siedlungsfrage verfolgen soll.

75 000 Mark unterschlagen

Magdeburg, 15. Februar.

Der Angestellte Willi Greifenberg einer hiesigen Großfirma sollte 75 000 Mark Lohngelder nach Genthin bringen. Er ist aber seit dieser Zeit flüchtig und hält sich vermutlich hier oder in der Umgebung verborgen. Die geschädigte Firma hat 5000 Mark Belohnung für die Herbeischaffung der Gelder und die Ergreifung des Täters ausgesetzt. Besondere Kennzeichen des Willi Greifenberg sind: Große kahle Stelle am Hinterkopf, spitze, gebogene Nase, vollständiges Gebiß am Oberkiefer und große Schußnarbe auf der Brust.

:: **Gröbers**, 14. Febr. (Unglücksfall.) Beim Transport von elektrischen Masten verunglückte auf der Straße zwischen Gröbers und Großkugel der bei der hiesigen Firma Pulsfort beschäftigte Arbeiter Neubauer aus Wiedemar. Er erlitt eine schwere Verletzung der Wirbelsäule und mußte in ein Hallesches Krankenhaus überführt werden.

— **Hersfeld**, 14. Februar. (Funde aus der Römerzeit.) Am Fuße des Ringberges bei Unterweißenborn werden wertvolle Funde aus der römischen Kaiserzeit gemacht. Auch bei Wellingshausen gelang es, große Hügelgräber freizulegen. Die Ausgrabungen werden fortgesetzt.

— **Halberstadt**, 14. Februar. (Die Eierpreise sinken) hier ganz erstaunlich. Kosteten noch vor wenigen Wochen die Eier 2—2.25 Mark, so werden sie heute hier schon mit 1 Mark das Stück ausgeboten.

H. Z. Sportberichte

— **Nelson I verliert gegen Jahn-Magdeburg I 3:0.** Das Spiel wird mit leichter Ueberlegenheit Magdeburgs geführt und steht bei Halbzeit 1:0 für Jahn. Nelson findet sich auf dem durch das vorhergegangene Spiel aufgeweichten Boden nicht zusammen und muß noch zweimal einlassen. Trotz mehrfacher Durchbrüche und Anstrengungen vor Jahns Tor gelingt es nicht, einzusenden.

— **Nelson II verliert gegen Jahn II 2:1.** In Anbetracht der Spielstärke Nelsons hatte man mit einer hohen Niederlage Nelsons gerechnet. Die Mannschaft zeigte sich aber trotz Ersatz dem Gegner vollkommen gleichwertig, bis Halbzeit 0:0. Danach erzielte Jahn 2 Tore, denen Nelson kurz vor Schluß das wohlverdiente Ehrentor entgegensetzt. Sichere Torgelegenheiten blieben verschiedene Male unausgenützt.

— **Damen-Hockey-Club Halle 1920 I gegen V. f. B. Leipzig I 2:0 (0:0).** Das Gesamtspiel am Sonntag war ein sehr flottes und offenes, und der Sieg ist lediglich auf gute Kombination und Einzelleistungen sämtlicher Spielerinnen zurückzuführen. Vor allem ist es erfreulich, daß die Hallesche Damenelf durch ihren zähen Willen die in voriger Woche in einzelnen Sportnachrichten vorausgesagte Niederlage in einen Sieg umwandelte.

— **Ortsgruppe Halle des Oberharzer Skiklubs (O. H. S. K.).** Am Dienstag, den 15., und Freitag, den 18. Februar, abends 8 bis 10 Uhr finden zwei weitere Trockenskikursabende der Ortsgruppe Halle des O. H. S. K. in der Turnhalle der Friesenschule, Friesenstraße, statt, an denen schwierigere Uebungen, wie Christiania- und Telemarkschwung usw., zur Vorführung gelangen und geübt werden sollen. Damen und Herren erscheinen wie üblich in Sportkleidung mit Schneeschuhen und Stöcken. Anmeldungen können noch am Abend in der Turnhalle entgegengenommen werden.

Bekanntmachung

Auf Grund des § 32 der Wahlordnung für die Provinziallandtags- usw. Wahlen vom 31. Dezember 1920 werden nachstehend die für die Wahl zum Provinziallandtag der Provinz Sachsen im Wahlkreise der Stadt Halle zugelassenen Wahlvorschläge zur öffentlichen Kenntnis gebracht:

Wahlvorschlag I.

Kennwort: Zentrum.

1. Josef Schmidt, Postdirektor, Halle a. S., Gr. Steinstr. 72. 2. Dr. Leo Herwegen, Berginspektor, Halle a. S., Am Kirchtor 29 a. August Heckel, Uhrmacher, Halle a. S., Steinweg 48.

Wahlvorschlag II.

Kennwort: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (S. P. D.)

1. Thiele, Adolf, Landrat, Halle, Luisenstr. 6. 2. Garbe, Hermann, Bergarbeiter, M. d. L., Halle, Harz 42. 3. Gentz, August, Landesobersekretär, Merseburg. 4. Vogl, Max, Landrat, Liebenwerda. 5. Lebbin, Emil, Metallarbeiter, Bitterfeld. 6. Kunzemann, Hermann, Eisenbahnoberassistent, Halle, Königstr. 56. 7. Strauß, Alfred, Schriftsetzer, Eisleben. 8. Hennecke, Otto, Werkmeister, Piesteritz. 9. Troll, Oskar, Lehrer, Sangerhausen. 10. Winkler, August, Kriegsbeschädigter, Naumburg. 11. Wieglepp, Max, Kassierer, Weißenfels. 12. Dörfer, Otto, Tischler, Zeitz. 13. Neumann, Alfred, Zigarrenfabrikant, Torgau. 14. Klose, Robert, Privatmann, Herzberg. 15. Lange, Ferdinand, Landwirt, Gröst. 16. Schulmann, Heinrich, Metallarbeiter, Großzöcner. 17. Jeck, Theodor, Lehrer, Gorsleben. 18. Albrecht, Wilhelm, Hüttenmann, Hettstedt. 19. Mannke, Friedrich, Schlosser, Uebigau. 20. Rienäcker, Emil, Maler, Merseburg. 21. Bethge, Ernst Friedrich, Lehrer, Naumburg. 22. Undeutsch, Ida, Hausfrau, Halle, Ladenbergstraße 40. 23. Seifert, Oskar, Schuhfabrikant, Weißenfels. 24. Schulze, Karl, Lehrer, Bad-Schmiedeberg. 25. Driest, Otto, Landwirt, Schweinitz. 26. Grunert, Otto, Tischler, Naumburg. 27. Simon, Karl, Bergarbeiter, Siersleben. 28. Mehler, Paul, Vermessungsassistent, Merseburg. 29. Hetz, Reinhold, Fahrsteiger, Helbra. 30. Drunzer, Hermann, Eisenbahnunterassistent, Cölleda. 31. Schneemann, Wilhelm, Lagerhalter, Cölleda. 32. Dähne, Max, Lokomotivführer, Oberröblingen am See. 33. Richter, Walter, Feilenhauer, Cölleda. 34. Werner, Gustav, Maschinenarbeiter, Sangerhausen. 35. Meber, Wilhelm, Bürgermeister, Gräfenhainichen. 36. Münzer, Adolf, Geschäftsführer, Delitzsch. 37. Schlüter, Kurt, Postschaffner, Könnern. 38. Bach, Emma, Kassiererin, Weißenfels. 39. Vogel, Fritz, Kriegsbeschädigter, Halle, Harz 27. 40. Henze, Otto, Kassenrendant, Artern. 41. Kämpf, Paul, Werkmeister, Merseburg. 42. Müller, Albert, Parteisekretär, Eisleben. 43. Blum, Ewald, Lehrer, Wittenberg. 44. Frischkorn, August, Schlosser, Merseburg.

Wahlvorschlag III.

Kennwort: Deutsche Demokratische Partei.

1. Keil, Friedrich, Dr. jur. Geh. Justizrat, Friedrichstraße 45. 2. Dornblüth, Johannes, Generalsekretär, Bertramstraße 27. 3. Manschewski, Oskar, Kaufmann, Lindenstraße 80. 4. Leidenfrost, Paul, Handlungsgehilfe, Glauchaerstraße 11. 5. Minner, Wilhelm, Ober-Ingenieur, Sagisdorferstraße 7. 6. Sperl, Hermann, Eisenbahn-Betriebssekretär, Halberstädterstraße 7.

Wahlvorschlag IV.

Kennwort: Nationaler Ordnungsblock (Deutschnationale Volkspartei — Deutsche Volkspartei — Landbund.)

1. Frhr. von Wilmowski, Kurt, Landeshauptmann, Merseburg, Ständehaus (Kreis Merseburg). 2. Dr. Carlsson, Wilhelm, Syndikus, Halle, Thalstraße 37 c (Stadtkreis Halle). 3. Dr. Rive, Richard, Oberbürgermeister, Halle, Am Kirchtor 5 (Stadtkreis Halle). 4. Georgi, Oswald, Landwirt, Zeuchfeld bei Freyburg (Unstrut) (Kreis Querfurt). 5. Dr. Gerecke, Günther, Landrat, Torgau, Westring 22 (Kreis Torgau). 6. Mähl, Otto, Pfarrer, Kemberg, Leipzigerstraße 48 (Kreis Wittenberg). 7. Elze, Franz, Zimmermeister, Zörbig (Kreis Bitterfeld). 8. Plötz, Heinrich, Buchdruckereibesitzer, Eilenburg, Breitestraße 23 a (Kreis Delitzsch). 9. Lohmeyer, Wilhelm, Landgerichtsrat, Naumburg (Kreis Naumburg). 10. Frhr. von Bodenhausen, Kraft, Landrat a. D., Neu-Pouch (Kreis Bitterfeld). 11. Fricke, Bernhard, Kaufmann und Gutsbesitzer, Roßla a. Harz (Kreis Sangerhausen). 12. Dr. Augustin, Max, Rittergutsbesitzer, Gentha bei Seyda, Bez. Halle (Kreis Schweinitz). 13. Wienrich, Theodor, Kaufmann, Halle, Königstraße 61 (Stadtkreis Halle). 14. Kluge, Reinhold, Landwirt, Stolzenhain b. Droyßig (Kreis Weißenfels). 15. Fick Wilhelm, Amtmann und Rittergutsbesitzer, Othal (Kreis Sangerhausen). 16. Dr. Stange, Otto, approb. Arzt, Riestedt (Kreis Sangerhausen). 17. Cludius, Alfred, Oberlandesgerichtsrat, Naumburg, Luisenstraße 5 (Kreis Naumburg). 18. Goedecke, Paul, 1. Bürgermeister, Torgau (Kreis Torgau). 19. Kloppe, Fritz, Studienrat, Halle, Blumenthalstraße 16 (Stadtkreis Halle). 20. Döring, Otto, Schornsteinfegermeister, Zeitz, Brühl 36 (Stadtkreis Zeitz). 21. Gärtner, Friedrich-Wilhelm, Hüttendirektor, Torgau, Westring 39 (Kreis Torgau). 22. Roscher, Eberhardt, Landesrat, Merseburg, Unteraltenburg 16 (Kreis Merseburg). 23. Fräulein Hallbauer, Emma, staatl. anerk. [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192102152-16/fragment/page=0006
DFG

..., Halle, Richard-Wagner-Straße 26 (Stadtkreis Halle). ... Hoede, Walter, Bahnhofsvorsteher, Zahna bei Wittenberg (Kreis Wittenberg). 25. Wendenburg, Erich, Rittergutsbesitzer, ...burg, Schloß (Mansfelder Seekreis und Stadtkreis Eisleben). ... Prietze, Walter, Pfarrer, Königerode a. H. (Mansfelder Gebirgskreis). 27. Eichardt, Karl, Rechnungsrat, Merseburg, ...tenbergstraße 9 (Kreis Merseburg). 28. Fräulein Beyer, Else, ...rerin, Halle, Graefestraße 10 (Stadtkreis Halle). 29. Pinkert, ...rl, Gutsbesitzer, Krauschütz bei Elsterwerda (Kreis Liebenwerda). 30. Emmerling, Hugo, Fabrikant, Zeitz (Stadtkreis Zeitz). 31. Dr. Geißler, Walter, Kreisarzt, Herzberg (Schliebenerstraße 75, (Kreis Schweinitz). 32. Riendorf, Otto, Lehrer, Stödten (Kreis Eckartsberga). 33. Seibicke, Richard, Landwirt, Burkersroda (Kreis Eckartsberga). 34. Apel, Fritz, Lehrer, Elsterwerda, Chausseestraße 2 (Kreis Liebenwerda). 35. Thieme, Otto, Schlossermeister, Eisleben, Lindenstraße 4 (Mansfelder Seekreis und Stadtkreis Eisleben). 36. Fräulein Zimmermann, Gertrud, Naumburg, Sedanstraße 27 (Kreis Naumburg). 37. Vogel, Paul, Gutsbesitzer, Hainichen bei Zeitz (Kreis Zeitz). 38. Staemmler, Wolfgang, Pfarrer, Schlieben (Kreis Schweinitz). 39. Dr. Bormann, Otto, Landrat, Mansfeld (Mansfelder Gebirgskreis). 40. Knösel, Alwin, Konditor, Eisleben (Mansfelder Seekreis und Stadtkreis Eisleben). 41. Fräulein Görling, Ilse, Schwester, Merseburg, Wilhelmstraße 3 (Kreis Merseburg). 42. Schülert, Karl, Kaufmann, Herzberg (Kreis Schweinitz). 43. Nothing, Paul, Kreisschulrat, Liebenwerda, Berlinerstraße 29 (Kreis Liebenwerda). 44 Dietrich, Fabrikant, Weißenfels (Stadtkreis Weißenfels). 45. Ohm, Ferdinand, Straßenmeister, Schweinitz, Markt 11, (Kreis Schweinitz). 46. Kretz, Emil, Kaufmann, Nebra a. d. Unstrut (Kreis Querfurt). 47. Hartleb, Ludwig, Landwirt, Windehausen bei Heringen a. d. Helme, Hauptstraße 13 (Kreis Sangerhausen).

Wahlvorschlag V.

Kennwort: Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands.

1. Osterburg, Wilhelm, Korrektor, Halle a. S., Fichtestr. 2. ... Sämisch, Artur, Bezirkssekretär, Merseburg, Seffnerstr. 4. ... Tominski, Eugen, Schriftsetzer, Halle a. S., Volkmannstr. 16. ... Machlitt, Hedwig, Ehefrau, Eisleben, Petristr. 1a. 5. Naumann, Gustav, Korbmacher, Mühlberg a. E., Feldstr. 1. 6. Drechsler, Louis, Schriftleiter, Halle a. S., Fritz Reuterstr. 1. 7. Dornblut, Hugo, Kontrolleur, Weißenfels a. S., Lutherstr. 24. 8. Märker, Friedrich, Kaufmann, Teutschenthal, Freifeldstr. 24. 9. Denkewitz, Johannes, Gemeinde-Angestellter, Ammendorf, Waldstr. 18. 10. Hempel, Kurt, Landarbeitersekretär, Torgau, Fischerdörfchen 20. 11. Franzke, Karl, Stadtrat, Sangerhausen, Speckswinkel 3a. 12. Nebert, Erich, Gemeindesekretär, Greppin, Wachtendorferstraße 2. 13. Hartmann, Louis, Sattlermeister, Freiroda. 14. Bowitzky, Paul, Parteisekretär, Halle a. S., Zietenstraße 37 I. 15. Schippa, Josef, Bauarbeiter, Zeitz, Tröglitzerstraße 13c. 16. Reichert, Minna, Parteisekretärin, Halle a. S., Harz 48. 17. Liebmann, Karl, Landarbeiter, Werchau, Post Schönewalde (Bez. Halle). 18. Artelt, Karl, Parteisekretär, Nebra a. Unstr., Pfarrgasse 4. 19. Fiedler, Oskar, Bezirkssekretär, Halle a. S., Merseburger Str. 45. 20. Krebs, Wilhelm, Zimmermann, Hergisdorf, Hüttenhof 51. 21. Donner, Franz, Konditor, Kitzendorf, Kr. Bitterfeld, Bahnhofstr. 3. 22. Dessau, Wilhelm, Maurer, Memleben Nr. 41. 23. Wipprecht, Willi, Elektriker, Naumburg a. S., Schulstr. 9 I. 24. Becker, Paul, Former, Rasberg-Zeitz 11 b. 25. Paulick, Paul, Zimmermann, Mückenberg, Finsterwalderstr. 262. 26. Becker, Paul, Stadtrat, Torgau, Leipziger Str. 17. 27. Vorsdorf, Albert, Former, Wittenberg, Dresdener Str. 8. 28. König, Richard, Rechtsagent, Herzberg a. E., Heilandstr. 6. 29. Glups, Karl, Faßreifenmacher, Heldrungen, Hauptstr. 56. 30. Zäuner, Anna, Witwe, Fabrikarbeiterin, Weißenfels a. S., Kubastr. 17. 31. Scheibner, Artur, Arbeitersekretär, Mücheln, Topfmarkt 21. 32. Holzweißig, Alfred, Krankenkassenangestellter, Wildschütz, Kr. Torgau Nr. 64. 33. Schulze, Bruno, Zigarrenmacher, Weißenfels a. S., Nikolaistr. 18 II. 34. Schöbel, Paul, Lagerhalter, Canena, Neuestr. 9. 35. Marschall, Arno, Maurer, Osterfeld, Bez. Halle, Hüterplan 8. 36. Walther, Oskar, Ofensetzer, Elsterwerda, Siedlungsstr. 5. 37. Mädel, Anna, Hausfrau, Weißenfels a. S., Leipziger Str. 35. 38. Oelßner, Alfred, Bezirkssekretär, Halle a. S., Leipziger Straße 73 III. 39. Becker, Franz, Schlosser, Artern, Magdalenenstraße 7. 40. Kretzschmar, Friedrich, Sattler, Delitzsch, Maybachstraße 33. 41. Kleine, Hermann, Lehrer, Bielen, Schulhaus am Platze. 42. Beikirch, Karl, Bergmann, Lossa (Finne). 43. König, Otto, Bergmann, Unterröblingen am See, Schulplatz 6. 44. Preußer, Albin, Bergarbeiter, Teuchern, Schortaustr. 1a. 45. Schumann, Georg, Schriftleiter, Halle a. S., Nickel-Hoffmannstraße 7 II.

Wahlvorschlag VI.

Kennwort: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

1. Paul Hennig, Schriftleiter, Halle, Triftstr. 22. 2. Bruno Löffler, Erster Bürgermeister, Zeitz, Vater Jahnstr. 5. 3. Franz Stammer, Landrat, Bitterfeld, Mittelstr. 9. 4. Paul Scharfenberg, Arbeiter, Teuchern, Dammstr. 3. 5. Ernst Scheller, Bergarbeiter, Aue b. Zeitz, Weißenfelser Str. 14. 6. Gottlieb Kasparek, kommiss. Landrat, Sangerhausen, Regelsgasse 20. 7. Max Scharfstädt, Sozialbeamter, Sangerhausen, Neunhäuserstr. 13/15. 8. Friedrich Wenscheck, Gewerkschaftsangestellter, Merseburg, Friedrichstr. 3. 9. Wilhelm Christauge, Zigarrenfabrikant, Eisleben, Grabenstr. 50. 10. Gustav Raute, Zigarrenfabrikant, Eilenburg, Gr. Mauerstr. 16. 11. Otto Dietrich, Gemeindevorsteher, Grünewalde 129. 12 Anna Hübler, Hausfrau, Schkeuditz, Augustastr. 8. 13 Friedrich Frenzel, Bergarbeiter, Kayna b. Zeitz. 14. Robert Mathies, Kaufmann, Zahna, Wittenbergerstraße 41. 15. Paul Thielemann, Maurer, Bedra, Kreis Querfurt. 16. Hermann Frenzel, Former, Arnstedt Nr. 90, Mansfelder Gebirgskreis. 17 Max Schulze, Arbeitsnachweisverwalter, Schkeuditz, Weststr. 2. 18. Richard Hampe, Kassierer, Delitzsch, Bismarckstr. 27. 19. Karl Köhler, Kassierer, Unter-Teutschenthal, Hallische Str. 52. 20. Gustav Tille, Lagerhalter, Wildschütz, Kr. Weißenfels 21. Franz Kunth, Werkmeister, Petersroda, Kr. Bitterfeld. 22. Friedrich Hahn, Arbeiter, Braunschwende, Mansfelder Gebirgskreis 23. Arthur Fleischer, Heizer, Friedersdorf, Bergstr. 14. 24. Wilhelm Quitzsch, Buchhändler, Eilenburg, Steinstr. 1/2. 25. Richard Schollbach, Lagerhalter, Rumsdorf 31, Kreis Zeitz. 26. Franziska Dunkel, Hausfrau, Sabißa 3, Kr. Zeitz. 27. Hermann Krüger, Dreher, Halle, Böllbergerweg 21. 28. Robert Schmidt, Gemeindevorsteher, Helfta, Wilhelmstr. 20.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß bei der am 20. d. M. stattfindenden Wahl die Namen auf den einzelnen Stimmzetteln nur einem einzigen der vorstehend bekanntgegebenen Wahlvorschläge entnommen sein dürfen und Stimmzettel mit anderen Namen ungültig sind.

Halle, den 11. Februar 1921.

Der stellv. Wahlkommissar im Stadtkreise Halle für die Wahlen zum Provinziallandtage.
Seydel, Bürgermeister.

Stellen-Angebote

Sichere Existenz.

General-Vertreter von Beamtenversorgungsgesellschaft zur Werbung von Mitgliedern (auch Private) bei günstiger Verdienstmöglichkeit **sofort gesucht.** Bewerber müssen in der Lage sein, die zur intensiven Bearbeitung ihres Bezirks notwendigen Untervertreter selbst zu engagieren. Angebote unter **F. H. 4108 an Rudolf Mosse, Heidelberg.**

Curt Jäger, Magdeburg,
Schürzenfabrik,
sucht für Bezirk Halle-Saale eingeführte
Provisions-Vertretung.

Suche für bald auf 500 Morgen großem ...t bei Halle
...ol.-Verwalter
...r **Verwalter.** Energisch, im Umgang mit ...nen erfahren. Bewerber wollen Zeugnisse in ...schrift und Lebenslauf unter **Z. 4928** an die ...schäftsstelle dieser Zeitung einsenden.

...aufm. Lehrling,
...ohn achtbarer Eltern, mit nur guter Schulbildung, ... größeres Fabrikunternehmen zum 1. April ...21 gesucht. Bewerbungen mit selbstgeschr. ...benslauf unter **B. N. 3656 an Rudolf ...osse, Brüderstraße 4.**

...üngere Mamsell
...e mir eine Stütze ist, keine Lernende, für mein ...ttleres Gut bei Halle gesucht. Offerten unter ... 4923 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

Suche zu Ostern ein ordentliches, freundliches
Kindermädchen
...n Alter von 15—18 Jahren, das mir auch manch...al im Haushalt behilflich sein kann.
...rau Else Lencke, Kusey (Altm.),
Kreis Gardelegen.

Stellen-Gesuche

...infacher, verheirateter **Berufsverwalter** ...ne Kinder, bisher auf ...ößeren Gütern tätig gewesen, 33 Jahre alt, praktisch und theoretisch einige Jahre selbst mitgearbeitet, Kenntnis i. allen landwirtsch. Maschinen, der sich durch eigenes Interesse ...m Beamten emporgearbeitet, sucht, gestützt auf ...te Zeugnisse, a. liebsten Dauerstellung auf gr. Gut. ...efl. Off. an **Schotte, ...bendorf b. Magdeburg.**

Kaufgesuche

...ut erhaltenes **Fahrrad** zu kaufen gesucht. Bekannte Marke. Interess. werden geb., mögl. m. Rad Halle a. S., Wilhelmstr. 21 p. r. ...Moritz-Junker zw. 9 u. 11 ...vorm. vorspr. zu wollen.

Bettwäsche, Handtücher, Hemden
kauft zu annehmb. Preis.
Frau Hornickel,
Große Klausstraße 19,
Ecke Domstr. Tel. 4314.

Verkäufe

Zwangs-Versteigerung.
Mittwoch, d. 16. d. Mts., 10 Uhr vorm. versteigere ich Poststr. 13:
1. 1 Schreibsekretär.
2. um 11½ Uhr im Gasthof „Zum goldenen Herz", Mansf. Str.,
1 eleg. Halbchaise
gegen bar.
Jäger, Gerichtsvollz.

Nur 1 Mark
kostet der
Vaterländisch-soziale
Volkskalender
der mit reichhaltigem interessanten textlichen Inhalt und vielen Bildern ausgestattet ist und somit als vornehmer
Familien-Kalender
angesprochen werden kann, der in keiner christlichen Familie fehlen sollte.
Wiederverkäufer erhalten Vorzugspreise.
Evangelisch-Sozialer Pressverband, Halle-Saale,
Kronprinzenstr. 14. :: Postscheckkonto Leipzig Nr. 14733

Zu verkaufen:
1. 100 Ztr. gelbe Mahndorfer Viktoria-Erbsen,
2. 40 Ztr. grüne Folgererbsen,
3. 35—40 Ztr. junge Riesenhirse I. Absaat zu Grünfutterzwecken und Kückenfutter (gegen Höchstgebot).

Zu kaufen gesucht:
1. 30 Ztr. Saat-Sommerweizen, fertig gebeizt.
2. 100 Ztr. Frühkartoffeln z. Saat, ertragr. Sorte,
3. 100—150 Stück Schwarzpappeln, 1½-2 m hoch (Preise angeben.)

Anton, Rittergut Haus Mücheln bei Wettin.

200 Morgen großes
Gut
im Kreise Torgau mit bestem Acker, guten Gebäuden und Inventar bei 400 000 Mk Anzahlung zu verkaufen. Offert. unt. **Z. 4927** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Heute ist ein großer Transport
prima hochtragender
Kühe
(ostpreußisches Weidevieh)
zum Verkauf bei uns eingetroffen.
Oberländer & Buchheim,
Halle a. S., Delitzscherstr. 10.
Fernsprecher 1118.

Brennholz
Buche oder Kiefer, gesägt oder auch ofenfertig, in bekannten Qualitäten, jedes Quantum von 5 Ztr. an.
Sachse & Müller,
Fernruf 6059. Dordorferstraße 1.

Bekanntmachung.
Unsere Geschäftsstelle Halle ist bereits
= am 1. Oktober aufgelöst worden. =
Zeichnungsberechtigt ist nur noch die
Direktion Berlin.
Deutsche Landwirtschafts-Betriebs-Genossenschaft
e. G. m. b. H.
Berlin NW. 7, Dorotheenstrasse 77/78.

Bekanntmachung.
Die **jungen Aktien unserer Bank** sind nunmehr erschienen und gelangen bei den **Bezugsstellen** gegen Rückgabe der mit Empfangsbestätigung versehenen Kassenquittungen zur Ausgabe.
Gleichzeitig machen wir bekannt, daß auch die **Dividendenscheinbogen zu unseren Aktien Nr. 151 001—160 000** zur Aushändigung bereit liegen.
Die betr. Erneuerungsscheine sind bei
uns und unseren sämtlichen Niederlassungen
mit doppeltem, nach der Nummernfolge geordnetem Verzeichnis innerhalb der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden einzureichen.
Berlin, im Februar 1921.
Bank für Handel und Industrie.

Gutes dauerhaftes **Gummiband** für Strumpfbänder kauft man bei H. Schnee Nachfolger, Gr. Steinstr. 84.

Kaufe sofort ca. 200 Zentner einwandfreies
Luzerne-, Klee- oder Wiesenheu.
Lieferstation **Wallwitz.** Unweit Domäne Petersberg gelegene Posten hole selbst ab. Angebote mit Preis erbittet
Schönemann, Schmergow
in der Mark.

Chr. Cremer
Halle-S.
Leipzigerstr 87 Fernspr. 2753
Sondergeschäft für Bürobedarf

Wir bitten unsere Leser ergebenst, alle Einkäufe u. sonstigen Besorgungen nur bei den Inserenten der „Halleschen Zeitung" vornehmen zu wollen.

Ihre Felle
werden gegerbt u. gefärbt, auch geschoren auf Electric-Seal u. Biber u. zu feinem Pelzwerk verarbeitet.
Solfrian,
Böllbergerweg 7 II.

Miet-Gesuche

2 junge Herren, Gebr., suchen für sofort gut
möbl. Zimmer
in der Nähe von der Haltest. der Ueberlandb. Merseburger Str. 91 p.

D. W. T. G.
Deutsche Wohnungs-Tausch-Genossenschaft m. b. H.,
Sitz Leipzig,
vermittelt **Wohnungstausch** von und nach allen Orten. Mäßige Gebühren, erst nach zustande gekommener Vermittlung fällig.
Vertretung Halle a. S.:
G. Vester, Möbeltransport-Abt., Delitzscherstraße 9, Fernsprecher 6134.
G. m. b. H.

Commerz- u. Privat-Bank, Akt.-Ges., Filiale Halle a. S., Poststrasse 12 Tel. 1382, 1383, 1692 **Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.**
Aktienkapital und Reserven Mk. 250 000 000.—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192102152-16/fragment/page=0007

Aufruf.

Die Entscheidung des 20. Februar wird von großer Bedeutung sein für die weitere Richtung des deutschen Geisteswesens.

Es gilt, **die Erhaltung unserer deutschen und nationalen Kultur gegenüber allen Zersetzungserscheinungen der Revolution mit Nachdruck zu sichern**, die deutsche Kultur und Wissenschaft, Kunst und Schule zu wahren, die seit altersher das Staunen der Welt erregte.

Wenn auch unser Schwert zerbrach, so soll doch deutscher Geist erhalten bleiben.

Wir wollen kein Festhalten an erstorbenen Formen, aber mitgehend mit der Zeit in liberalem Sinne wieder aufbauen auf den zwei Grundfesten: auf tiefem Nationalgefühl und innerlichstem christlichen Empfinden.

Keine sozialistische, internationale, zersetzende Kulturpolitik, sondern in Schule, Kunst und Wissenschaft Hinführen zu sozialer Gesinnung, Versöhnung und Sammlung auf nationalem Boden.

Darum: Kampf jeder Verunreinigung der jahrtausendalten urdeutschen Kultur durch landfremde, unchristliche, antinationale Tendenzen!

Mutiges Bekenntnis zu dem nationalen, liberalen, sozialen und christlichen Gedanken.

Väter und Mütter, Lehrer, Gelehrte, Künstler, Geistliche, alle, die Ihr berufen seid, eine deutsche Jugend heranzubilden, helft uns in unserem Bestreben:

Laßt an deutschem Wesen das deutsche Volk genesen!

Darum helft der

Deutschen Volkspartei!

Wählt Liste von Kardorff!

Große Wählerversammlung

Freitag, den 18. Februar, 8 Uhr „Thalia".

Redner:

Reichsschatzminister **von Raumer**

Reichstagsabgeordneter **Dr. Cremer**

Landtagskandidatin Frau **Thelemann.**

Eintritt 1 Mark an der Kasse und im Vorverkauf.

Deutsche Volkspartei.

Modernes Theater

Dir. B. Bernhardt, Neue Promenade 3.

Das Februar-Sensat.-Programm.

7 Variété-Sterne. 10 Attraktionen.

Ab 16. neues Programm. Anfang 7½ Uhr.

Morgen

Mittwoch, 16. Febr., abends 8 Uhr „Türmelogo" (Albrechtstr.)

Vortrag des Wiener Privatgelehrten

E. von Czernin:

Geheimnisse des menschlichen Unterbewusstseins.

Nach dem Vortrag freie Diskussion.

Karten zu 3.40, 4.60, 7.—, 8.40 Mk. bei Reinhold Koch, Alte Promenade 1a.

Hohenzollernhof

(Grand-Hotel). Magdeburger Straße 65.

Heute Dienstag: Tanzabend.

Tanzesfreudige.

Besonders preiswerte

Mantel- u. Kleiderstoffe

Sommer-Mantelstoff weiss, blau, rot, doppeltbreit	40—	Cheviot für Kostüme marine, 130 cm br., reine Wolle	90
Neuheit für Frühjahrs-Mäntel 130 cm breit, lila, blau, lederfarbig, pr. Qualit. für Mantel u. Sportjacken	95—	Foulard-Seide, blau u. weiss-blau sowie türkisch grosse Breite	48
Neuheit für Sportjacken 130 cm breit	90—	Taffet, doppeltbreit, Qualität, 110 cm breit	55
Marenge für Kostüme 130 cm breit 120.— 90.—	25—	Kolienne mit kl. Ra beige, bl rot, rosa, weiss, 100 cm breit	37
Melierte Kostümstoffe 130 cm breit 95.— 65.—	45—	Messaline, prima Qual. für Blusen	55

Reste zu Blusen in Seide Velle. Wolle.

Geschw. Wolff

Leipzigerstr. 37, gegenüber Kein Ian

Kappel

feinste Präzisions-Schreibmaschine

Allein-Vertreter

Rich. Vormeyer, Halle a. S.,

Telefon 4538. Beesenerstr. 17.

Spezial-Reparatur-Werkstatt für Schreibmaschinen.

Manchester-Anzüge

in allen Größen, sowie

Iosen Stoff

in Friedensqualität und äußerst niedrigen Fabrikpreisen liefern als Spezialität

F. W. Keller & Co., Köln, Hansaring 43.

Telephon B 3022. Tel.-Adr.: Segment.

Lieferanten von Zechen u. industriellen Werken.

Heute morgen verschied plötzlich und unerwartet unsere heissgeliebte Tochter, Schwester, Enkelin und Nichte

Ida Meinhardt

im Alter von 17 Jahren.

Im tiefsten Schmerz

Familie Meinhardt.

Hohen, den 13. Februar 1921.

Trauerfeier Mittwoch ½3 Uhr im Hause.

Polsterarbeiten,

Dekorationen, Gardinenstecken werden sauber ausgeführt.

Bruno Huth,

Sattlermstr., Tap. u. Dek.

Kraukenstr. 2. Tel. 3574.

Schmierseife, Seifenpulver, Kernseife

empfiehlt für Wiederverkäufer und Großbezieher

F. W. Paul Richter,

Halle a. d. S.

Magdeburgerstraße 11.

Fernruf 5707.

Minlos'sches Waschpulver

Garantiert Friedensqualität

wieder überall erhältlich,

wo nicht, wende man sich an **L. Minlos & Co., Cöln-Ehrenfeld.**

oder an unseren Vertreter **E. Mühlenhaupt, Leipzig,**

Hohenzollernstraße 2. Fernsprecher 8576.

Apollo-Theater

Tägl. 7½ Uhr

In glänzender Ausstattung:

„Die Spitzenkönigin".

Operette in 3 Akten von Walter W. Gläß

Komponist von „Hobelt die Täterin"

Stadt-Theat

Mittwoch, d. 16. Feb. Anfg. 7½, Ende nach 9

Glaube und Heim

Donnerstag: Der Corrector.

Zeugner & Riedel

Inh. Gebhardt (vorm. Gottschalck)

Halle a. S. — Tel. 2620.

Leipzigerstr. 61/62, im Hause der Kali. Ztg.

Theater- und Masken-Kostüme

Das Vorlesungs-Verzeichnis der **Universität Greifswald** für das Sommer-Semester 1921 ist erschienen und wird auf Wunsch übersandt.

Zoo.

Mittwoch, d. 16. Feb. von nachm. 4 Uhr ab

Grosse **Kinderfastmahl**

Leitung: Ist nähe. Marionetten-Theater, Musik- und Gesangsvorträge, Kunstnäge, Geschwister Wurst, Dierreigen turnerin, Leistungen Pyramid, Possenreiter, Zauberwanen, 2 Musikkapel.

Anschließend **Kinderball.**

Eintrittspreise: Erw. 2 Mk. Kinder 1 M.

---

2 × 2 = 5,

das ist stets falsch, wenn Sie Ihre Fahrradmäntel, Laufdecken, Fahrradteile anderswo kaufen als bei Otto Sparmann, neb. Walhalla

---

Statt jeder besonderen Anzeige.

Am Sonntag abend 10 Uhr entschlief sanft nach kurzem schweren Leiden mein innigstgeliebter Mann, mein treusorgender Vater, unser lieber Sohn, Bruder, Schwiegersohn und Schwager, der

Gutsbesitzer

Walter Kleinau

im 38. Lebensjahre.

Dies zeigen schmerzerfüllt an im Namen aller Hinterbliebenen

Meta Kleinau geb. Fritsche
Horst-Egon Kleinau
Ferdinand Kleinau sen.

Asendorf, den 13. Februar 1921.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. d. Mts., nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause aus statt. — Wagen stehen um ½10 Uhr am Bahnhof Teutschenthal.

Mittwoch, Donnerstag

2 Waggons grüne Heringe.

Allerfeinste große grüne **Heringe** das Pfund nur **220** M.

3—4 Stück auf 1 Pfund

kleine grüne **Heringe** Pfund **110** M.

1 Waggon billige Bücklinge,
1 „ „ Seefische,
ferner diese Woche:
1 Waggon Bratheringe,
1 „ Norweger Vollheringe,
1 „ Riesen-Bettheringe,
1 „ Holländer Vollheringe.

Unser Umsatz bürgt für beste Ware zu billigsten Preisen.

Nordsee, Deutschlands größter Fischhandel.

Telefon 5504, 1275 und 1276.

Großer Versand nach auswärts.

Wohnungs-Tausch

von und nach allen Orten zu günstigen Bedingungen durch

Zillmann & Lorenz,

Teichischerstr. 6c. — Berufrf: 7521.

Vertreter in allen Städten Deutschlands.

Stoysche Erziehungsanstalt und Realschule,

Jena, Am Landgrafenberg. Kleine Klassen. Gewissenhafte schul. Förderung. Wandern, Sport, Handwerkstätten. Ostern, Sommer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192102152-16/fragment/page=0008